

Aussenpolitische Strategie 2020–2023



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Der Bundesrat beauftragte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am 11. Mai 2011, zu Beginn jeder Legislatur eine Strategie vorzulegen, welche die Schwerpunkte der Schweizer Aussenpolitik definiert. Der vorliegende Bericht, der vom Bundesrat am 29. Januar 2020 gutgeheissen wurde, erfüllt diesen Auftrag.

Vorwort



Die Schweizer Aussenpolitik spiegelt Tradition, Vielfalt und Innovationskraft unseres Landes. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir uns in Frieden und Sicherheit, wirtschaftlich erfolgreich, mit hervorragenden Rahmenbedingungen für Bildung und Wissenschaft und dem für eine Demokratie wesentlichen Grundrechteraum global behaupten können. Die Anforderungen an Kohärenz, Agilität und Voraussicht nehmen aber angesichts eines volatilen Umfelds zu. Eine Strategie, die Schwerpunkte setzt und Ziele benennt, ist deshalb Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Interessenwahrung und die Förderung unserer Werte.

Die Schweiz ist ein vernetztes Land im Herzen Europas, das mit weltweiten Spitzenpositionen in Wirtschaft, Bildung, Forschung und Innovation sowie mit solidarischen Beiträgen an die internationale Gemeinschaft eine starke Marke prägt. Dies gilt sowohl in traditionellen Bereichen, wie den Menschenrechten, der Friedensförderung, dem Völkerrecht oder der Entwicklungszusammenarbeit, als auch bezüglich neuer Partnerschaften mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft, im Technologie- und Umweltbereich oder über die Wissenschaftsdiplomatie. Neben dem Bund leisten auch Kantone und Städte, namentlich Genf, aber auch viele andere, mit ihren dort ansässigen Organisationen und Institutionen wertvolle Beiträge an die globale Gouvernanz.

Die Aussenpolitik leitet sich aus den Vorgaben der Bundesverfassung ab. Diese sind auf Dauer angelegt und stützen sich auf die Wertetradition unseres Landes. Mit dieser Strategie gibt der Bundesrat sich zum dritten Mal einen aussenpolitischen Orientierungsrahmen. Sie baut für die neue Legislaturperiode auf Konstanz, Vertrauen und Tradition und bietet mit neuen Akzenten angemessene Instrumente für den Umgang mit sich verändernden globalen Parametern.

Die vorliegende Strategie ist in einem interdepartementalen Prozess entstanden. Sie dient dem Bundesrat und der Verwaltung als gemeinsamer Kompass bei der Positionierung unseres Landes in der Welt und wahrt gleichzeitig die Flexibilität, um auf Veränderungen rasch reagieren zu können. Die Schweiz soll als glaubwürdige und kohärente Akteurin in der Aussenpolitik wahrgenommen werden.

Auf den Wandel geopolitischer Konstellationen reagiert die Strategie mit der Definition von Prioritäten entlang von vier thematischen Schwerpunkten, die auf alle Länderkontakte und Weltregionen modular anwendbar sind. Sie lassen sich unabhängig von wechselnden Regierungskonstellationen oder politischen Systemen umsetzen.

Die thematischen Schwerpunkte Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung dienen dazu, eine vernetzte und dynamische Politik zu ermöglichen. Sie sind nicht scharf voneinander abgrenzbar und bedingen sich gegenseitig. Sie müssen deshalb miteinander verschränkt umgesetzt werden.

Eine hohe Bedeutung kommt unserem Aussennetz mit den rund 170 Vertretungen zu. Ein gut aufgestelltes Vertretungsnetz stellt für ein Land, das keinem Staatenbündnis angehört, auch ein wichtiges Bindeglied zu Partnerstaaten und Herkunftsgesellschaften dar. Es erlaubt der Schweiz, eigenständig und zukunftsgerichtet ihre Aussenpolitik zu gestalten. Es ermöglicht zudem eine unmittelbare Leistungserbringung für Bürgerinnen und Bürger sowie für Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft. Durch kundenorientierte Dienstleistungen und ein wirksames Krisenmanagement dient das Aussennetz allen Schweizerinnen und Schweizern, sei dies bei Reisen in die Ferne oder im Alltag als Auslandschweizerinnen und -schweizer.

Der Dialog mit der Bevölkerung und der Einbezug von Parlament und Kantonen sind für eine kohärente Aussenpolitik zentral. Der direkte Austausch mit der Bevölkerung im Laufe des Sommers 2019, Diskussionen mit Organisationen der Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der regelmässige Austausch mit Parlament und Kantonen haben das vorliegende Dokument mitgeprägt. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, allen Beteiligten im Namen des Gesamtbundesrates meinen Dank auszusprechen. Wir möchten den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterführen. Ich lade Sie ein, daran teilzunehmen: Für eine gemeinsame, glaubwürdige und wirksame Aussenpolitik im Dienste der Schweiz!

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Cass".

Ignazio Cassis
Bundesrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
<hr/>	
Grundlagen	5
Kernauftrag	5
Prinzipien	5
Kohärenz	6
Umfeld	7
<hr/>	
Thematische Schwerpunkte	9
1. Frieden und Sicherheit	9
2. Wohlstand	12
3. Nachhaltigkeit	15
4. Digitalisierung	18
<hr/>	
Geografische Ebene	21
5. Europa (EU)	21
6. Weitere Regionen und globale Schwerpunktländer	24
7. Multilateralismus	31
<hr/>	
Ressourcen	33
8. Aussennetz und bürgernahe Dienstleistungen	33
9. Kommunikation	36
<hr/>	
Schlusswort	39
<hr/>	
Anhang	40
Abkürzungsverzeichnis	40
Glossar	40
Strategiekaskade	43

Grundlagen

Kernauftrag

Kernauftrag der Schweizer Aussenpolitik ist die Förderung unserer Interessen und Werte. Sie bedingen sich gegenseitig und gründen auf der Verfassung. Diese bietet den Orientierungsrahmen für die strategische Politikgestaltung.

So schützt die Eidgenossenschaft im Zweckartikel 2 der Bundesverfassung «die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes», «förderst die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes», «sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern» und «setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung». In Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten präzisiert die Verfassung: «Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Art. 54 Abs. 2). Artikel 101 Absatz 1 gibt außerdem vor: «Der Bund wahrt die Interessen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland».

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat den Auftrag, die Aussenpolitik zu koordinieren und die Kohärenz mit den anderen Departementen sicherzustellen.

Innen- und Aussenpolitik sind eng miteinander verschränkt. Die Schweiz ist geprägt durch ihre kulturelle Vielfalt und ihre politischen Institutionen und Traditionen, insbesondere die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung, Föderalismus und Konkordanz. Dies sind auch Leitthemen in der Aussenpolitik.

Prinzipien

Die Strategie orientiert sich insbesondere an den in der Verfassung verankerten Prinzipien Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Für die Umsetzung stehen Universalität, Multilateralismus und Neutralität im Mittelpunkt.

Die Schweizer Aussenpolitik dient dem Schutz der **Freiheit** und soll diese fördern. Dazu gehören die Selbstbehauptung der Schweiz, aber auch selbstbewusstes Werben für Demokratie, Marktwirtschaft und die liberale internationale Ordnung. Für Freiheit einzustehen heisst auch, Verantwortung zu tragen, die Menschenrechte zu verteidigen und sich für Wohlstand und Sicherheit einzusetzen. Die Schweiz agiert dabei auf der Basis eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, der die Prävention und Bearbeitung von Konfliktsachen miteinbezieht und die Aussensicherheitspolitik im engeren Sinne mit der internationalen Zusammenarbeit verbindet.

Unter **Rechtsstaatlichkeit** ist das Pramat des Rechts gegenüber der Macht des Stärkeren zu verstehen. Für eine so stark in die Weltwirtschaft integrierte Volkswirtschaft wie die Schweiz bildet das Völkerrecht die Basis der internationalen Beziehungen, da es Rechtssicherheit und Verlässlichkeit garantiert. Entsprechend setzt sich die Schweiz für die Einhaltung und Weiterentwicklung dieses Regelwerks ein. In einer sich rasch verändernden Welt steigt auch der Bedarf an flexiblen Instrumenten. So hat beispielsweise die Menge an sogenanntem Soft Law zugenommen. Es trägt dazu bei, die internationale Ordnung auch dann weiterzuentwickeln, wenn der Abschluss formeller Normen nicht wünschbar oder möglich ist. Die Zunahme von Soft Law ist für die Schweiz nicht nur eine Chance, sondern auch eine Herausforderung. Sie muss darauf hinwirken, dass neue Normen demokratisch und rechtsstaatlich abgesichert sind.

Die **Chancengleichheit**, das heisst gerechte Startbedingungen in Bezug auf Bildungs- und Aufstiegschancen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der Schweiz. Alle Menschen sollen insbesondere zu Beginn des Lebens gleiche Entfaltungsmöglichkeiten haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, wirtschaftlicher oder anderer Stellung. Chancengleichheit ist dabei nicht nur im Inland anzustreben, sondern auch im Rahmen der Aussenpolitik zu fördern. Diese soll dazu beitragen, entsprechende Ungleichheiten in und zwischen Staaten zu mindern.

Auf der Basis der Verfassung sorgt die Schweiz auch für eine **nachhaltige Entwicklung**. Sie definiert diese gemäss

Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987 als Entwicklung, welche «die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre nicht befriedigen können». Das Prinzip wurde von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 durch die Agenda 2030 mit 17 Zielen konkretisiert.

Bei der Umsetzung der aussenpolitischen Prinzipien orientiert sich die Schweiz an der **Universalität**. Sie bedeutet die Pflege guter Beziehungen mit allen Staaten der Welt. Dies heisst allerdings nicht, dass die aussenpolitischen Instrumente in allen Ländern auf gleiche Weise zum Einsatz kommen oder dass die Schweiz überall mit einer Vertretung präsent ist. Die Schweiz vertritt ihre Interessen vielmehr modular und gemäss politischen Prioritäten. Sie tut dies sowohl bilateral als auch multilateral sowie als Mitglied internationaler Organisationen.

In diesen arbeitet sie eng mit anderen Staaten an der Lösung globaler Herausforderungen. Der **Multilateralismus** erlaubt es der Schweiz, über Allianzen eine Hebelwirkung zu erzielen und die Möglichkeiten der Einflussnahme zu vervielfachen. Damit das multilaterale System leistungsfähig und relevant bleibt, muss es sich allerdings modernisieren. Die Schweiz unterstützt dessen Anpassung an neue Bedingungen und Technologien. Sie will langfristig ein attraktiver Gaststaat für internationale Organisationen, Friedensgespräche und die Diskussion von Zukunftsthemen sein.

Die **Neutralität** ist ein wichtiges Instrument, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern. Das Neutralitätsrecht verlangt primär, nicht an bewaffneten internationalen Konflikten teilzunehmen und Konfliktparteien gleich zu behandeln. Die Neutralitätspolitik stellt die Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität sicher.

Kohärenz

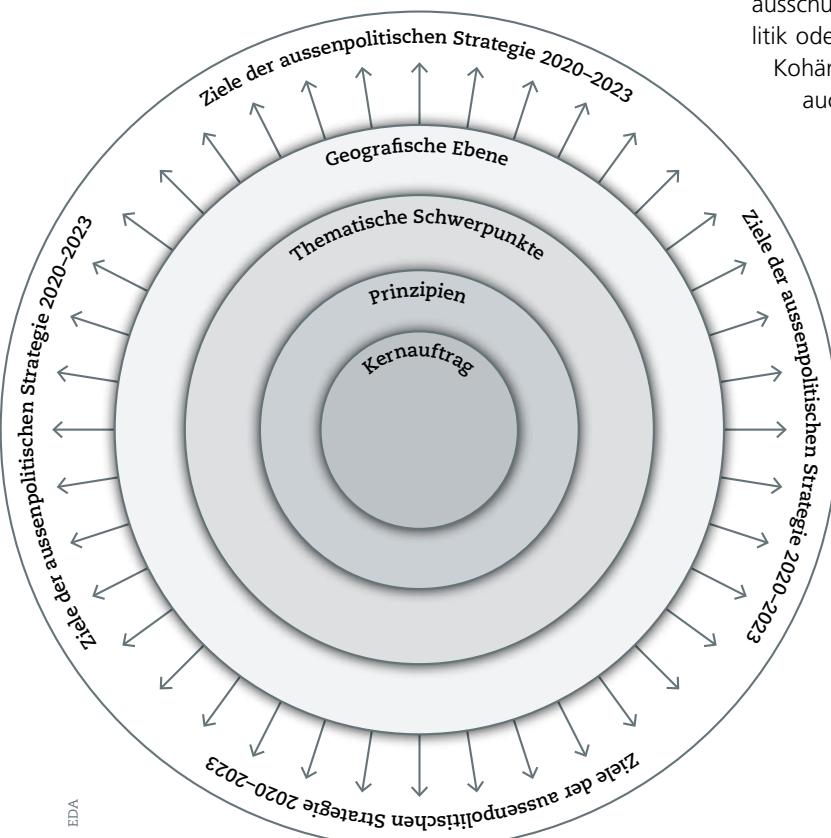
Die Aussenpolitische Strategie 2016–2019 bildete in der vergangenen Legislaturperiode den Orientierungsrahmen für die Aussenpolitik. Sie enthielt zwei geografische Schwerpunkte – die Europäische Union sowie strategische Partnerstaaten – und zwei thematische Schwerpunkte – Frieden und Sicherheit sowie nachhaltige Entwicklung und Wohlstand.

Der Aussenpolitische Bericht 2019 zieht Bilanz über die letzte aussenpolitische Strategie. An dieser Stelle soll lediglich eine Herausforderung aufgegriffen werden, die sich bei deren Umsetzung heraustrahmte: die Frage der Kohärenz.

In den letzten Jahren nahm die Anzahl der Akteure, die die Politik mitgestalten, weiter zu. Interessenkonflikte werden zahlreicher und erschweren das Streben nach Kohärenz. Neben Regierungen sind Parlamente, multinationale Unternehmen, die Zivilgesellschaft sowie internationale Organisationen wichtige Akteure der Aussenpolitik. Ein Hauptanliegen der vorliegenden Strategie ist es, die Grundlage für Kohärenz in der Aussen- sowie zwischen Aussen- und Innenpolitik zu stärken.

Dies bedingt ein auf die Zukunft ausgerichtetes Verständnis von Kohärenz. So wird diese sowohl horizontal zwischen Departementen, Bundesstellen und dem Parlament als auch vertikal über alle Stufen lokal, kantonal, national, bilateral, regional, multilateral und global angestrebt. Dadurch steigen die Anforderungen an die Koordination. Der Bundesrat sorgt dafür, dass die verschiedenen Akteure und Instrumente aufeinander abgestimmt und die Schweizer Interessen und Werte ganzheitlich und wirksam gegenüber dem Ausland vertreten werden. Interdepartamentale Gremien wie der Bundesraatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Europapolitik oder Dialoge mit den Kantonen sollen zur Stärkung der Kohärenz künftig mehr genutzt werden. Zentral ist dabei auch eine strategisch ausgerichtete Kommunikation.

Zielkonflikte sind eine natürliche Erscheinung, auf die gemeinsame Antworten gefunden werden können. Die Bundesverfassung und die Legislaturplanung sind der Referenzrahmen für wesentliche Kohärenzfragen. Die UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bietet zudem einen internationalen Orientierungsrahmen zur Minderung von Zielkonflikten.



Umfeld

Die Globalisierung war der prägendste internationale Trend der vergangenen Jahrzehnte. Die Zunahme der globalen Verflechtung hat in vielen Ländern den Wohlstand erhöht, aber auch Ungleichgewichte hervorgebracht und akzentuiert sowie neue Formen von Verwundbarkeit geschaffen.

Die Schweiz ist eine Globalisierungsgewinnerin. Sie gehört heute zu den zwanzig grössten Volkswirtschaften. Ihre Wirtschaft ist stark exportorientiert und eng in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden. In Bezug auf die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit gehören wir dank hochqualifizierten Arbeitskräften und einem starken Forschungsplatz zur Weltspitze.

In den kommenden Jahren wird die Globalisierung relevant bleiben. Es bestehen aber auch Gegentrends. Vielerorts ist eine Rückbesinnung auf das Nationale erkennbar. Identitäts- und Abgrenzungsfragen gewinnen an Bedeutung. Zudem verändern mehrere sich gegenseitig beeinflussende Treiber des Wandels die Rahmenbedingungen für die Schweizer Aussenpolitik. Das internationale Umfeld bleibt volatil und schwer vorhersehbar.

Auf der Ebene der **politischen Treiber** gehen globale Machtverschiebungen mit Fragmentierung einher. Nationalismus und konfrontative Machtpolitik akzentuieren sich. Spannungen zwischen Grossmächten prägen Weltpolitik und -wirtschaft wieder stärker. Die strategische Konkurrenz zwischen den USA und China, die sich in Handels-, Technologie- und Sicherheitsfragen zeigt, lässt auch Wertedivergenzen klarer zu Tage treten: China steht für ein Staats- und Entwicklungsmodell, das Wohlstand nicht mit politischem Pluralismus verbindet. Umgekehrt bleibt das demokratische und marktwirtschaftliche Modell zwar erfolgreich, steht aber unter Druck. Zudem sind zahlreiche Demokratien mit einer Vertrauenskrise konfrontiert.¹

Die **Weltwirtschaftsordnung** fragmentiert sich ebenfalls mehr. Eine Zunahme bi- und plurilateraler Handelsabkommen prägt das Bild, während auf multilateraler Ebene, insbesondere in der Welthandelsorganisation WTO, wenig Verhandlungsfortschritte erreicht werden können. Protektionistische Massnahmen und die Verwendung wirtschaftlicher Mittel als Politikinstrumente schwächen den Handel. Das Risiko einer Verschlechterung der Weltwirtschaftslage steigt, während gleichzeitig der Spielraum der Geldpolitik als Instrument der Konjunkturstütze abnimmt. Wichtiger wirtschaftlicher Treiber ist die rasche Zunahme der physischen und digitalen Vernetzung. Wachsende Konnektivität durch Infrastrukturen und Technologien bietet grosse Chancen. Die zunehmende Vernetzung wird allerdings auch als Mittel politischer Kontrolle eingesetzt. Auch verlagert sich die Globalisierung: Der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen wächst

seit einiger Zeit stärker als der weltweite Güterverkehr, und der Handel innerhalb von Regionen nimmt tendenziell stärker zu als der Handel zwischen Regionen.² Weitreichende Umwälzungen in der Industrieproduktion infolge von Digitalisierung und Automatisierung deuten darauf hin, dass sich dieser Trend verstärken könnte. Eine Rückverlagerung von Fabriken aus Tieflohnländern näher an die Zielmärkte wird aufgrund von billigeren Produktionsweisen möglich.

Die ökologischen Treiber des Wandels, speziell der Klimawandel, prägen die Aussenpolitik vermehrt. Die Folgen ökologischer Veränderungen untergraben Entwicklungsfortschritte. Gehen Mobilität und Wirtschaftswachstum auf Kosten der Umwelt, bedrohen sie mittelfristig Wohlstand und Sicherheit. Umweltschutz und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen werden bedeutsamer. Die Entkopplung von Wachstum und schädlichen Emissionen muss noch verstärkt werden. Eine globale Energietransformation, die von fossilen Brennstoffen zu erneuerbarer Energie übergeht, könnte dezentrale Energieversorgungssysteme nach sich ziehen. Die geopolitischen Implikationen sind weitreichend, aber im Einzelnen noch nicht abzuschätzen.³

Technologische Entwicklungen bilden in den nächsten Jahren einen der stärksten Treiber des Wandels. Im Wettlauf der Weltmächte nehmen Daten und Informationen eine Schlüsselrolle ein: Sie sind zu einem zentralen «Rohstoff» geworden und verändern die Grundlagen von Macht. Das Risiko des Missbrauchs des digitalen Raums für kriminelle Zwecke ist evident, der Regulierungsbedarf deshalb beträchtlich.

Mit der künstlichen Intelligenz (KI) beginnt eine nächste Phase der digitalen Transformation. Die mit KI, maschinellem Lernen und Robotik verbundenen Chancen für die Förderung von Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung sind enorm. Es bestehen aber auch grosse Herausforderungen, denn KI wirft in verschiedenen Anwendungsfeldern komplexe ethische und rechtliche Fragen auf.⁴

Schliesslich beeinflusst auch **gesellschaftlicher Wandel** die Aussenpolitik. Der Wunsch nach Rückgewinnung verloren geglaubter Souveränität und Identität sowie ein seit der Finanzkrise 2008 abnehmendes Vertrauen in die Politik und deren Institutionen führten zum Aufstieg von Protestbewegungen. Nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure beanspruchen Definitionsmacht und setzen dem Gestaltungsanspruch von Staaten Grenzen. Neue transnationale Bewegungen wie die Klimaschutzbewegung werden zu gestaltenden Politakteuren. Soziale Medien schaffen Möglichkeiten der Vernetzung, begünstigen mitunter aber auch gesellschaftliche Fliehkräfte.

1 *The Global State of Democracy 2019*, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, 2019.

2 Weltbank: <https://databank.worldbank.org/home.aspx>.

3 *A New World: The Geopolitics of the Energy Transformation*. Global Commission on the Geopolitics of Energy Transformation, 2019.

4 Vgl. Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Künstliche Intelligenz» an den Bundesrat vom 13.12.2019.



EDA

Die Weltordnung, wie sie seit Ende des Kalten Krieges Bestand hatte, ist im Umbruch. Sie riskiert von einem instabilen Gefüge konkurrierender regionaler Normen- und Ordnungssysteme überlagert zu werden. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Völkerrecht werden vermehrt in Frage gestellt oder unterschiedlich interpretiert. Ob es sich um einen vorübergehenden Rückschritt oder um eine Trendwende handelt, lässt sich noch nicht absehen.

Die Erarbeitung multilateraler Lösungen wird wichtiger, aber auch anspruchsvoller. Vielen Akteuren ist bewusst, dass globale Herausforderungen wie die Begrenzung der Erderwärmung, die Regulierung des Welthandels, die Reduktion von Armut, die Stabilisierung fragiler Staaten oder der Umgang mit Migrationsbewegungen nur durch Zusammenarbeit zu bewältigen sind. Internationale Organisationen bleiben relevant, sofern sie sich auf die Problemstellungen ausrichten. Gefragt sind Gouvernanzformen, die nichtstaatliche Akteure besser demokratisch einbinden und in die Pflicht nehmen und die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern.

Für den Wohlstand und die Sicherheit unseres Landes bleibt ein stabiles und prosperierendes Europa zentral. Geregelter Beziehungen zur EU und ein umfassender Zugang zu ihrem Binnenmarkt behalten deshalb Priorität. Auch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Brexit, den transatlantischen Beziehungen und der Rolle Russlands in der europäischen Sicherheit haben einen direkten Einfluss auf die Schweiz. Die tiefgreifende Vertrauenskrise zwischen Russland und dem Westen schwächt auch unsere Sicherheit. Wie erfolgreich sich Europa als Kontinent in der Welt positioniert, ist auch für den Erfolg unseres Landes entscheidend.

Die Regionen südlich des Mittelmeers bilden unser erweitertes Umfeld. Die zahlreichen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika und der Sahelzone, eine anhaltende dschihadistische Bedrohung und prekäre Perspektiven für die Jugend in diesen Regionen wirken sich negativ auf Europa aus. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung Afrikas

ist deshalb auch für Europa von strategischem Interesse. Denn trotz enormer Fortschritte bei der Armutsrückgang, unter anderem dank der Entwicklungszusammenarbeit, ist eine von zehn Personen weltweit von extremer Armut betroffen; mehr als die Hälfte davon leben in Subsahara-Afrika.

Die Schweizer Aussenpolitik lässt sich in einer globalisierten Welt nicht mehr primär geografisch definieren. Erforderlich sind eine globale Perspektive und thematische Schwerpunkte, die in den verschiedenen Regionen in ihrem jeweiligen Kontext umgesetzt werden. Aus dieser Umfeldanalyse lassen sich, basierend auf den Vorgaben der Bundesverfassung, vier thematische Schwerpunkte für die aktuelle Legislaturperiode ableiten:

- **Frieden und Sicherheit:** Brückenbauende Akteure sind angesichts der weltpolitischen Polarisierung stark gefragt. Mit ihren Guten Diensten und dem friedenspolitischen Know-how kann die Schweiz wichtige Beiträge leisten. Ein erfolgversprechendes Umsetzungsinstrument dafür sind Kandidatur für und Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat in den Jahren 2023–2024.
- **Wohlstand:** Das internationale Umfeld für die Schweizer Wirtschaft wird anspruchsvoller. Das Engagement für gute Rahmenbedingungen und Marktzugang ist zentral, in Europa und global. Die Konsolidierung des bilateralen Wegs mit der EU muss dabei im Vordergrund stehen. Zugleich trägt eine fokussierte Entwicklungszusammenarbeit zu Armutsrückgang und nachhaltiger Entwicklung bei.
- **Nachhaltigkeit:** Auch die Umsetzung der Agenda 2030 ist eine Priorität der neuen Legislaturperiode. Das aussenpolitische Engagement der Schweiz für die Bekämpfung des Klimawandels und für den Umweltschutz wird verstärkt.
- **Digitalisierung:** Die Schweiz baut ihr Profil in der Digitalaussenpolitik aus. Das internationale Genf wird als globaler Hub für die Gestaltung der digitalen Gouvernanz und anderer Zukunftsthemen gestärkt. Das Profil der Schweiz und ihre Kompetenzen an der Schnittstelle von Diplomatie, Technologie und Wissenschaft werden gezielt im Sinne der Wissenschaftsdiplomatie weiterentwickelt.

Die Umfeldanalyse zeigt: Aussenpolitik wird wichtiger und anspruchsvoller. Will die Schweiz ihre Erfolgsgeschichte forschreiben, so muss sie ihre Aussenpolitik kohärent, agil und an klaren Zielen ausrichten und innenpolitisch abstützen. Die Schweiz soll ihr Umfeld auf der Basis ihrer Interessen und Werte aktiv mitgestalten. Sie will dies vermehrt im Verbund mit gleichgesinnten Partnern tun. Gleichzeitig gewinnen die Beziehungen zu den Grossmächten an Bedeutung. Schliesslich gilt es angesichts des volatilen Umfelds, die Antizipations- und Analysefähigkeiten in der Aussenpolitik zu stärken. Eine permanente strategische Gesamtsicht auf die Aussenpolitik und eine «rollende» Risikoanalyse sind unabdingbar, um auf Lage- und Krisenentwicklungen zeitnah reagieren zu können.

Thematische Schwerpunkte

1. Frieden und Sicherheit

Die Schweiz setzt sich für eine friedliche und sichere Welt ein, die ein Leben ohne Furcht und Not, den Schutz der Menschenrechte sowie wirtschaftliche Prosperität ermöglicht. Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit bilden das Fundament für Wohlstand und nachhaltige Entwicklung. Die Aussenpolitik stärkt dieses Fundament. Sie setzt dabei auf die bewährten Instrumente der Sicherheits-, Menschenrechts- und Migrationspolitik und des humanitären Engagements sowie auf die Wissenschaftsdiplomatie. Zentral für die Erhöhung unserer Wirksamkeit ist in der neuen Legislaturperiode die Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat.

Gute Dienste: Im aktuellen weltpolitischen Gefüge können Staaten, die ausgleichend wirken, eine wichtige Rolle spielen. Die Nachfrage nach Guten Diensten der Schweiz bleibt hoch. Ihr Profil als zuverlässige, diskrete und neutrale Vermittlerin wird geschätzt. Kernelemente ihrer politischen Kultur wie die Machtteilung, die Dialogförderung und die Einbindung aller Interessen werden für die Aussenpolitik wichtiger. Die Schweiz wird ihre Kapazitäten weiter stärken, um als Mediatorin zur friedlichen Konfliktbeilegung beitragen zu können oder entsprechende Prozesse zu faciliteren, auch in ihrer Rolle als Gaststaat. Zudem wird sie weiterhin auf der Basis von Schutzmachtmandaten konsularische und/oder diplomatische Aufgaben für Staaten wahrnehmen, deren Beziehungen zu anderen Staaten abgebrochen wurden.

Zivile und militärische Friedensförderung: Über die Guten Dienste hinaus trägt die Schweiz mit verschiedenen Instrumenten zur nachhaltigen Konfliktbeilegung bei. Sie kann zum Beispiel Expertise in den Bereichen Konfliktprävention und Vergangenheitsbewältigung anbieten und engagiert sich aktiv im Kampf gegen die Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. Bedeutsam ist auch der Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere vor sexueller Gewalt. Zur Unterstützung der Friedensförderung entsendet die Schweiz jährlich rund 200 Expertinnen und Experten in UNO-, OSZE- oder EU-Missionen oder im Rahmen von bilateralen Programmen in ihre Vertretungen. Auch der Einsatz von Kontingenten der Armee bleibt wichtig. Er konzentriert sich auf den Stabilisierungsbeitrag auf dem Westbalkan im Rahmen der multinationalen Kosovo Force (KFOR) und in der «European Union Force Bosnia and Herzegovina». Angehörige der Armee sind zudem weltweit in friedensfördernden Missionen im Einsatz. Gemäss Sicherheitspolitischem Bericht 2016 strebt der Bundesrat eine qualitative und quantitative Stärkung der militärischen Friedensförderung an und will weiterhin gleichzeitig bis zu 500 Angehörige der Armee einsetzen können.

UNO-Sicherheitsrat: Das wichtigste Gremium für die Förderung von Frieden und Sicherheit auf internationaler

Ebene ist der UNO-Sicherheitsrat. Für die Periode 2023–2024 kandidiert die Schweiz erstmals für einen nichtständigen Sitz. Ziel ist es, die Schweizer Stärken zugunsten des Friedens und der Sicherheit einzubringen, als neutrales Land Brücken zu bauen und über den direkten Zugang zu den wichtigsten Akteuren des Weltgeschehens unsere Interessenwahrung zu stärken. Ein Sitz im Rat ist ein wichtiger Hebel, um auf internationale Entwicklungen Einfluss zu nehmen und die eigenen Positionen stärker einzubringen.

Die Bundesverfassung ermächtigt den Bundesrat, **Menschenrechte und Demokratie** weltweit zu fördern. Unsere Demokratie mit gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern, die aktiv am politischen Leben teilnehmen können, geniesst weltweit ein hohes Ansehen. Wichtiger aussenpolitischer Auftrag ist deshalb die Unterstützung und Beobachtung von Wahlen. Auch der Respekt zwischen Mehrheiten und Minderheiten mit unterschiedlichem religiösem, sprachlichem und kulturellem Hintergrund zeichnet unser Land aus. Die Schweiz setzt sich entschlossen für den universellen Schutz der Menschenrechte ein. Grundsätzlich achtet die Schweiz auf ein gleichwertiges Engagement für die bürgerlichen und politischen sowie für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Ein spezielles Augenmerk gilt besonders verletzlichen Gruppen.

Wissenschaftsdiplomatie (science diplomacy): Wo die Politik keine Möglichkeit zum Dialog mehr findet, kann es der Wissenschaft gelingen, tragfähige Beziehungen herzustellen. Mittels der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten können gemeinsame Probleme angegangen werden, somit das Vertrauen gefördert werden und internationale Partnerschaften verstärkt beziehungsweise aufgebaut werden.

Humanitäres Engagement: Der gute Ruf der Schweiz beruht unter anderem auf ihrer humanitären Tradition. Diese Tradition aufrechtzuerhalten, liegt auch im Eigeninteresse der Schweiz. Bei Krisen, in bewaffneten Konflikten und während Katastrophen nimmt unser Land Hilfsaufträge unparteiisch und solidarisch wahr. Die Bedürfnisse der Menschen stehen



Sitzungssaal des Sicherheitsrates im
UNO-Hauptquartier in New York City

im Zentrum, so die Garantie ihrer Sicherheit, Würde und ihrer Rechte. Die humanitäre Hilfe ist untrennbar mit der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, des internationalen Flüchtlingsrechts und der humanitären Prinzipien verbunden. Der Schweiz kommt eine Dreifachrolle zu: Erstens setzt sie als Akteurin vor Ort mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe eigene Projekte um. Mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe verfügt sie über Fachwissen, das international anerkannt wird. Zweitens unterstützt sie humanitäre Organisationen wie die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung oder spezialisierte Organisationen der UNO. Drittens fördert die Schweiz aktiv die bessere Einhaltung und Stärkung des humanitären Völkerrechts. Über ihren Status als Depositar der Genfer Konventionen spielt die Schweiz eine zentrale Rolle.

Migration und Flucht: In den Herkunftsregionen identifiziert die Schweiz Migrationsursachen und trägt zur Verminde-
rung der irregulären Migration bei. Bewaffnete Konflikte und Menschenrechtsverletzungen lösen weltweit massive Flucht-
bewegungen aus. Da Millionen von Flüchtlingen und Binnen-
vertriebenen teils Jahrzehnte auf eine Lösung in Erstaufnahmestaaten warten, unterstützt die Schweiz diese Länder bei der
Entwicklung von Integrationsmassnahmen. Flüchtlinge und Vertriebene sollen ein selbstständiges Leben führen können.
Der Bundesrat stimmt die Migrationspolitik – wo sinnvoll und im Interesse der Schweiz – mit der EU und deren Mitgliedstaaten ab. So beteiligt sich die Schweiz an EU-Massnahmen, zeigt sich solidarisch mit den europäischen Mittelmeieranrainern und trägt zum verbesserten Schutz der Schengen-Aus-
sengrenzen und zur Verhinderung irregulärer Migration nach Europa bei. Um Perspektiven vor Ort zu schaffen, fördert sie in Entwicklungsländern Rahmenbedingungen: Rechtsstaatlichkeit, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit, Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten, Katastrophenversorgung, Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an dessen Folgen sowie Umweltschutz.

Geografisch in die Mitte Europas eingebettet, verfolgt unser Land genau, welche Veränderungen sich in der europäischen Sicherheitsarchitektur abzeichnen. Die gegenwärtigen **sicherheitspolitischen Herausforderungen** liegen in der Schwächung existierender Rüstungskontrollregime und der gleichzeitigen Aufrüstung, im Kampf gegen Terrorismus, gegen organisierte und digitale Kriminalität sowie in der Spionageabwehr. Im Rahmen der OSZE setzt sich die Schweiz für konstruktive Lösungen für die Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle ein. Durch die Beteiligung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) fördert sie den Dialog im euro-atlantischen Raum. Sie verstärkt auch die Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Global sind die Minimierung von Nuklearwaffenrisiken, nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung, die Wahrung des Verbots von Chemie- und Biowaffen sowie die Universalisierung des Verbots von Personenminen und Streumunition prioritär. Durch den technologischen Wandel gewinnt die Cyberdiplomatie an Bedeutung. Die Schweiz hilft mit, Risiken neuer Technologien beispielsweise im Cyberraum, im Bereich der autonomen Waffensysteme oder von ballistischen Lenkwaffen zu minimieren. Sie greift dabei auch auf die international anerkannte Expertise der drei Genfer Zentren zurück.

Bedrohungen wie verbotenem Nachrichtendienst, **gewalttätigem Extremismus und Terrorismus** beugt unser Land vor und bekämpft sie. Terrorismusbekämpfung muss auf dem Völkerrecht basieren, und die Entwicklung von rechtsstaatlichen Standards ist zentral. Grenzüberschreitender Kriminalität wie digitaler oder organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Menschenschmuggel begegnet die Schweiz über die internationale Polizeikooperation. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Schengen-Assoziation ist hier von grosser Bedeutung.

Ziele

- 1.1 Die Schweiz wird als nichtständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat gewählt und verfolgt in diesem ein glaubwürdiges Engagement. Dadurch leistet sie einen Beitrag zu einer friedlichen, auf Regeln basierenden internationalen Ordnung und zur Effizienz der multilateralen Gremien. Durch gezielte Partnerschaften erhöht sie ihren Einfluss, setzt ihre Interessen durch und verschafft ihrem Engagement langfristig mehr Geltung.
- 1.2 Durch aktive Beiträge zur Förderung der Demokratie, Konfliktprävention, Mediation und Konfliktbeilegung und im Kampf gegen die Straflosigkeit gehört die Schweiz zu den weltweit führenden Ländern in der Friedensförderung. Über ihren für 2021 geplanten Vorsitz im Netzwerk «Frauen, Frieden, Sicherheit» stärkt sie die Rolle der Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik.
- 1.3 Die Universalität der Menschenrechte stärkt die Schweiz über einen internationalen Rechtsrahmen mit handlungsfähigen Institutionen, insbesondere dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf sowie den Menschenrechtsorganen des Europarates und der OSZE. Priorität haben der Einsatz gegen die Todesstrafe und für das Folterverbot, die Stärkung der Meinungsäußerungsfreiheit und der Schutz besonders verletzlicher Gruppen.
- 1.4 In humanitären Krisen stellt die Schweiz Nothilfe bereit. Sie stärkt ihren Ruf als «Hub» für humanitäre Fragen, insbesondere über das internationale Genf, und entwickelt neue Lösungsansätze für humanitäre Herausforderungen. Ein spezieller Fokus liegt auf neuen Technologien, bewaffneten Konflikten in urbanen Zonen und intern Vertriebenen. In Erstaufnahmeregionen fördert sie den Schutz und die nachhaltige Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen und reduziert die Ursachen irregulärer Migration und Flucht.
- 1.5 Die Schweiz engagiert sich für den Erhalt von Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen. Sie bekämpft organisierte sowie digitale Kriminalität und Terrorismus, verhindert dessen Export und Unterstützung und engagiert sich im Kampf gegen Menschenhandel und -schmuggel.

2. Wohlstand

Die Schweiz fördert ihren Wohlstand nachhaltig und legt damit die Grundlage für den Erhalt ihrer hohen Lebensqualität. Sie setzt sich für eine regelbasierte Weltwirtschaftsordnung und für ein funktionierendes Finanzsystem ein und belegt auch künftig in Bildung, Forschung und Innovation eine Spitzenposition. Sie sichert der Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und leistet durch ihre Entwicklungszusammenarbeit einen solidarischen Beitrag zum Wohlstand in der Welt.

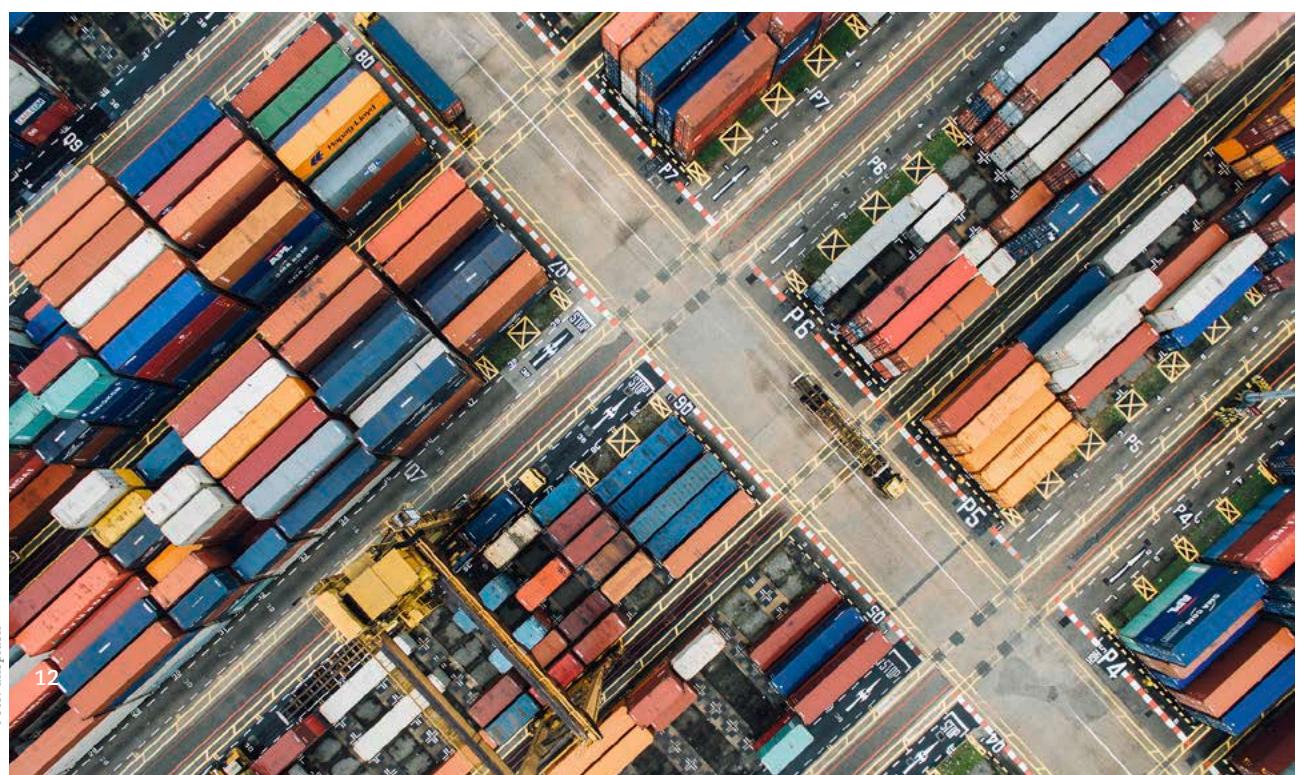
Rahmenbedingungen für die Wirtschaft: Die Aussenpolitik soll bilateral und multilateral günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen und erhalten. Dazu gehören offene Märkte und ein stabiles und regelbasiertes Weltwirtschaftssystem. Im Zentrum steht die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und der EU, der für die Schweiz wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartnerin. Gute Regierungsführung und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bilden die Grundlage für eine glaubwürdige Aussenpolitik. Damit werden die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Standorts Schweiz gestärkt. Diese Politik stützt sich auf die Aussenwirtschaftsstrategie sowie die Finanzmarktpolitik und orientiert sich an den Prinzipien von Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerbsneutralität.

Welthandels-, Finanz- und Währungssystem: Unser Wohlstand hängt zu einem grossen Teil vom internationalen Handel von Gütern und Dienstleistungen sowie von grenzüberschreitender Investitionstätigkeit ab. Digitale Transaktionen gewinnen ebenfalls an Bedeutung. Als handelsoorientierte, mittelgrosse Volkswirtschaft ist die Schweiz auf offene Märkte, Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit eines regelbasierten Weltwirtschaftssystems angewiesen. Das Handelssystem der WTO bildet dazu eine wesentliche Grundlage. Für die global vernetzte Schweizer Wirtschaft mit einem bedeutenden Finanzplatz und eigener Währung ist zudem ein stabiles Finanz- und Währungssystem wichtig. Aus diesen Gründen strebt die Schweiz eine aktive Teilnahme in den

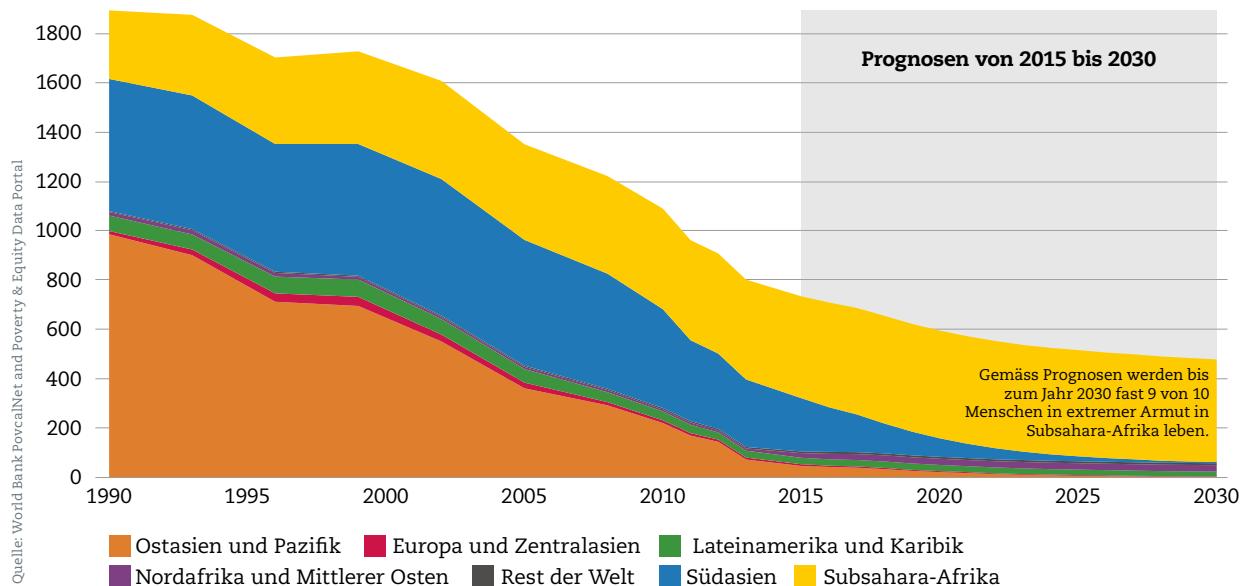
relevanten multilateralen Gremien an und wirkt gezielt an Erhalt und Gestaltung der Systeme mit. Sie bringt ihre Interessen bei Erarbeitung und Umsetzung internationaler Regeln und Standards ein. Dies betrifft grundsätzlich alle Bereiche der Wirtschaftspolitik, Regulierungen mit Auswirkung auf internationale Handel oder grenzüberschreitende Investitionstätigkeiten sowie den digitalen Handel. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung, einschliesslich der Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft, setzt sie sich für ein System der Besteuerung am Ort der leistungsbezogenen Wertschöpfung ein und fördert damit Wachstum durch Innovation.

Wirtschafts- und Finanzabkommen: Als Ergänzung zum multilateralen System schliesst die Schweiz bilaterale Abkommen im Wirtschafts- und Finanzbereich ab – unter anderem Freihandels-, Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen – und nimmt an plurilateralen Initiativen teil. Sie erweitert damit den Zugang zu ausländischen Märkten, bestrebt um einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang. Die Abkommen sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Finanzstandortes.

Spitzenplatz in Bildung, Forschung und Innovation (BFI): Die Schweiz ist ein qualitativ hochstehender, weltweit renommierter und wettbewerbsfähiger Standort für Bildung, Forschung und Innovation. Schlüsselfaktoren sind international engagierte BFI-Akteure sowie die dafür erforderlichen



Menschen in extremer Armut (in Millionen)



Rahmenbedingungen und Mittel. Die Schweiz versteht es, sich weltweit abzeichnende relevante Trends proaktiv zu nutzen und nationale und internationale Dimensionen im BFI-Bereich kohärent und komplementär aufeinander abzustimmen. Sie wird als attraktiver Platz für die Ansiedlung von qualitativ hochstehenden Forschungsinstitutionen und innovationsbasierten Unternehmen wahrgenommen. Wissenschaftsdiplomatie spielt hier ebenfalls eine wichtige Rolle. Von zentraler Bedeutung sind diesbezüglich die Ziele und Instrumente, die der Bundesrat in der «Internationalen Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation» definiert hat.

Entwicklungszusammenarbeit: Unser Wohlstand basiert auf einer prosperierenden und nachhaltigen Weltwirtschaft. Durch die Unterstützung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit von Entwicklungsländern, die Förderung günstiger Rahmenbedingungen und privatwirtschaftlicher Initiativen zur Schaffung von Zukunftsperspektiven nimmt die Schweiz Verantwortung wahr. Mit ihrer wirtschafts-, finanz- und handelspolitischen Expertise kann sie andere bei der Gestaltung des Strukturwandels sowie bei

der Entwicklung von Märkten unterstützen. Sie setzt sich für gute Regierungsführung ein, um eine gerechte Verteilung von Gütern zu sichern, soziale Ausgrenzung, Korruption und Konflikte zu vermeiden sowie Chancengleichheit und den Schutz vor Missbrauch zu stärken. Dafür setzt sie sich auch im Rahmen der Rückführung von unrechtmässig erworbenen Vermögenswerten (Asset Recovery) ein, indem sie für die Restitution der Gelder entwicklungsrelevante Lösungen anstrebt, von welchen die Bevölkerung profitiert. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit fördert die Schweiz die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Sie investiert in eine hochwertige und zuverlässige Grundversorgung, namentlich in den Bereichen Gesundheit und Bildung, sowie in eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft als Fundament für Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung. Sie setzt sich dafür ein, dass Ressourcen nachhaltig bewirtschaftet und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden. Der Bundesrat ist bestrebt, negative Auswirkungen seines politischen Handelns auf Entwicklungsländer möglichst zu vermeiden.

Ziele

- 2.1 Die Schweiz setzt sich für die Stärkung einer stabilen, regelbasierten und verlässlichen Handels-, Finanz- und Währungsarchitektur ein. Sie verbessert die Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen mit Partnern und sichert ihren Wirtschaftsakteuren einen hindernis- und diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Märkten. Gegenüber der EU strebt sie durch den Abschluss eines institutionellen Abkommens die Konsolidierung des EU-Binnenmarktzugangs und des bilateralen Wegs an.
- 2.2 Die Schweiz unterstützt schweizerische Unternehmen bedürfnisorientiert und wirkungsvoll bei Auslandaktivitäten über die Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.
- 2.3 Die Schweiz schafft optimale Rahmenbedingungen, um auch künftig in Bildung, Forschung und Innovation weltweit eine Spitzenposition zu belegen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- 2.4 Die Schweiz fördert den Marktzugang von Entwicklungsländern und schafft für sie neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Sie unterstützt Initiativen des Privatsektors in den Bereichen Zugang zu Kapital, Integration in die Weltwirtschaft, Unternehmertum und Fachkompetenzen, um die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu erleichtern.
- 2.5 Die Schweiz engagiert sich für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und leistet einen Beitrag zur Stärkung des gleichberechtigten Zugangs zu einer guten Grundversorgung.

3. Nachhaltigkeit

Im Rahmen der Agenda 2030 strebt die Schweiz eine nachhaltige Entwicklung an, welche die drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt. Sie hat dafür in der Bundesverwaltung die entsprechenden Strukturen geschaffen und arbeitet national und international mit allen relevanten Akteuren zusammen, um den Schutz der Umwelt und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern.

Die **Agenda 2030** für nachhaltige Entwicklung bildet mit ihren 17 Zielen einen globalen Referenzrahmen für die Nachhaltigkeitspolitik. Die drei untrennablen Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gelten für alle gleichermaßen. Dieser umfassende Ansatz ist auch für die Nachhaltigkeitspolitik des Bundesrates im In- und Ausland ein wesentlicher Bezugspunkt. Für die Umsetzung und strategische Steuerung hat er eine bundesinterne Organisationsstruktur mit zwei Delegierten und ein interdepartementales Direktionskomitee geschaffen. Diese Struktur ermöglicht eine klare Verankerung der Agenda 2030 in der Bundesverwaltung und eine bessere Abstimmung der entsprechenden Bundespolitiken. Diese erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden sowie Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Die 17 Ziele umfassen sämtliche Politikbereiche. Einige wurden bereits erörtert. Im Folgenden werden die Nachhaltigkeitsaspekte in den Bereichen Umwelt, Klima, Wasser, Nachhaltigkeit im Finanzsektor, Energie, Katastrophenvorsorge, Gesundheit, Kultur und Städte dargelegt.

Umwelt: Umweltverschmutzung macht nicht vor Grenzen halt. Ökosysteme sind interdependent. Die Schweiz fördert Rahmenbedingungen, um die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und den Schutz der Biodiversität zu

begünstigen. Sie befürwortet eine globale Wirtschaft, die negative Umweltauswirkungen reduziert und diesbezügliche Transparenz fördert.

Hohe Standards werden auch in den Bereichen Chemikalien und Abfall, Rohstoffgewinnung und handel sowie bezüglich der Infrastruktur angestrebt. Ganz grundsätzlich setzt sich die Schweiz für die Stärkung der internationalen Umweltgovernanz ein. Auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse soll ein umfassendes, effizientes und effektives Umweltregime den wirksamen Schutz der Umwelt garantieren und die Menschen vor den Risiken der Umweltzerstörung schützen. Die Schweiz ist bereit, einen fairen Beitrag zur Umweltfinanzierung zu leisten und stellt die dafür erforderlichen öffentlichen Mittel zur Verfügung. Dabei beachtet sie in erster Linie das Verursacherprinzip sowie die Möglichkeit, zusätzliche Mittel von Privaten zu mobilisieren.

Klima: Die Schweiz setzt sich für eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad ein. Sie fördert klare, robuste und für alle geltende Transparencyregeln. Die Umsetzung des Prinzips, dass Emissionsreduktionen im Ausland der Zielerreichung angerechnet werden können, soll eine Doppelzählung

Die 17 Ziele der Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung



verhindern und Umweltintegrität sicherstellen. Die Emissionsreduktionsziele, die im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens eingereicht wurden, sollen schrittweise ambitionierter werden, und Entwicklungsländer sollen bei der Umsetzung der Klimapolitik und der Integration von Klimamassnahmen unterstützt werden. Dafür leistet die Schweiz einen Beitrag an das gemeinsame Klimafinanzierungsziel der Industrieländer. Bis 2020 sollen weltweit 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr an öffentlichen und privaten Mitteln für Entwicklungsländer bereitgestellt werden. Dabei unterstützt die Schweiz sie sowohl bei der Bekämpfung des Klimawandels als auch bei der Anpassung an dessen Folgen.

Die Schweiz ist führend bei der Erforschung von Ursachen und Wirkungen des Klimawandels. Sie stützt sich dabei auch auf ihre weltweit anerkannte Polar- und Höhenforschung. In allen relevanten Gremien – insbesondere in der UNO und der OSZE sowie über ihren Beobachterstatus im Arktischen Rat – setzt sie sich für ein besseres Verständnis des Klimawandels sowie seiner Auswirkungen auf die Sicherheit ein.

Zentrales Element ist dabei das **Wasser**. Da der Bedarf kontinuierlich steigt, während die Wassermenge begrenzt bleibt und die Verschmutzung zunimmt, soll Wasser nachhaltig bewirtschaftet und gerecht zwischen Nachbarländern aufgeteilt werden. Die Schweiz engagiert sich im Rahmen ihrer «Blue Peace Initiative» dafür, dass Wasser in Ländern mit geringem oder mittlerem Einkommen als Treiber von Zusammenarbeit, Frieden und nachhaltiger Entwicklung genutzt wird.

Nachhaltigkeit im Finanzsektor (Sustainable Finance): Ein nachhaltiger Finanzplatz Schweiz birgt grosse Chancen im Hinblick auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Er trägt zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Schweiz gemäss der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaübereinkommen bei. Nachhaltige Finanzdienstleistungen berücksichtigen soziale und umweltspezifische Faktoren sowie eine gute Unternehmensführung (sog. ESG-Kriterien). Transparenz und Freiwilligkeit werden gefördert, sodass Kunden und Anlegern gegenüber klare Informationen und damit Entscheidungsmöglichkeiten geboten werden. Es gelten als Grundsätze das Prinzip marktwirtschaftlicher langfristiger Ansätze und die Subsidiarität staatlichen Handelns. Gleichzeitig beteiligt sich die Schweiz aktiv an den entsprechenden Arbeiten in den internationalen Finanzgremien. Der Bund fördert darüber hinaus die Umsetzung der **verantwortungsvollen Unternehmensführung** in allen Wirtschaftsbereichen. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Mit diesem Ziel hat der Bundesrat die Aktionspläne zur Corporate Social Responsibility (CSR) und zu Wirtschaft und Menschenrechten für die Legislaturperiode 2020–2023 verabschiedet. Er setzt sich für international abgestimmte Leitlinien ein und unterstützt Unternehmen bei der sektorspezifischen Umsetzung.

Energieaussenpolitik: Neben Wasser sind für die Energieversorgungssicherheit Stromhandel und Transit von Erdöl

und Erdgas durch die EU überlebenswichtig. Der Abschluss eines Stromabkommens ermöglicht der Schweiz, volumenmäßig am europäischen Strombinnenmarkt teilzunehmen. Die Beziehungen zur EU haben für die Energieaussenpolitik Priorität. Darüber hinaus wirkt unser Land in der Internationalen Energieorganisation mit, wo es sich für Nachhaltigkeit, Sicherheit und Investitionsschutz einsetzt. Auf globaler Ebene engagiert sich die Schweiz für die Abkehr von der Subventionierung fossiler Energien.

In der **Katastrophenvorsorge** stärkt die Schweiz ihre Partnerschaft mit Entwicklungsländern und relevanten regionalen Organisationen durch Informationsaustausch, Technologietransfer und Aufbau institutioneller Kapazitäten zur Risikominderung. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrungen im Risikomanagement in Bezug auf Naturgefahren, insbesondere in Berggebieten. Sie stärkt deshalb die Analyse von Risiken, trägt zur Minderung von Verlusten und Schäden bei und unterstützt eine verbesserte Widerstandsfähigkeit der betroffenen Bevölkerungen sowie einen nachhaltigen Wiederaufbau nach Katastrophen. Bei all diesen Aktivitäten nutzt sie verstärkt moderne Technologien.

Gesundheitsaussenpolitik: Unabhängig von Krisen und Katastrophen hat jede Person ein Recht auf bestmögliche physische und mentale Gesundheit. Der gleichberechtigte Zugang zu einer angemessenen und qualitativ guten Gesundheitsversorgung für alle Menschen ist deshalb prioritätär. Die Verbesserung des Gesundheitsschutzes für die Gesamtbevölkerung und der Gesundheitssysteme allgemein stehen im Vordergrund der Schweizer Gesundheitsaussenpolitik. In den spezialisierten internationalen Organisationen und mittels direkter und indirekter Zusammenarbeit mit anderen Ländern beteiligt sich die Schweiz an der Suche nach Lösungen für die globalen Gesundheitsherausforderungen.

Die Umsetzung ihrer **Kulturaussenpolitik** verfolgt die Schweiz über drei Prioritäten: kulturelle Teilhabe, gesellschaftliche Zusammenarbeit sowie Kreation und Innovation. Sie legt den Fokus dabei speziell auf Digitalisierung. Sie setzt sich für die Förderung kultureller Diversität ein und hat mehrere internationale Kulturinitiativen initiiert. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Stiftung Pro Helvetia mit rund 4500 Kunst- und Kulturvorhaben in über 100 Ländern. Im Jahr 2021 eröffnet sie in Lateinamerika eine neue Aussenstelle, welche das bestehende Netz mit dem meridionalen Afrika, Südasien, China, Russland, der arabischen Welt sowie den Städten Paris, New York und San Francisco erweitert.

Bedeutung der Städte: Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten – 2050 werden es gemäss UNO bereits zwei Drittel sein. Städte sind direkt betroffen von globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Wasserknappheit, Ernährungssicherheit, Migration oder Epidemien. Um solche Herausforderungen besser bewältigen zu können, vernetzen sich Städte vermehrt international. Dadurch gewinnen sie als aussenpolitische Akteure an Bedeutung. Es gibt bereits über 200 Städtenetzwerke, wie die C40 Cities

Climate Leadership Group, ein Verbund von über 90 Städten, die ein Viertel der globalen Wirtschaft repräsentieren und sich zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens verpflichtet haben. Die Schweiz unterstützt auf internationaler Ebene UN-Habitat, das UNO-Kompetenzzentrum für städtische Entwicklung, und finanziert dessen Verbindungsbüro in

Genf. Sie fördert die integrierte Stadtentwicklung, welche die urbane Mobilität, die Energieversorgung und die Resilienz gegenüber Naturkatastrophen verbessert. Schweizer Städte sind auch Gastgeber für aussenpolitische Foren oder Tourismusdestinationen und spielen dadurch eine wertvolle Rolle für die Aussenpolitik.

Ziele

- 3.1 Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Boden oder Wald und der Schutz der Biodiversität sind für die Schweiz zentral. Sie trägt zur Ressourceneffizienz bei und strebt hohe Standards in den Bereichen Chemikalien und Abfall, Rohstoffgewinnung und -handel sowie Infrastruktur an. Der Bund fördert die verantwortungsvolle Unternehmensführung und einen nachhaltigen Finanzsektor.
- 3.2 Die Schweiz trägt zur wirksamen Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens sowie zur schrittweisen Erhöhung der nationalen Klimaziele bei, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Entsprechend ihren Verpflichtungen unterstützt sie Entwicklungsländer bei der Umsetzung multilateraler Umweltabkommen, insbesondere bei der Reduktion ihrer Emissionen und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Sie unterstützt diese Länder auch in der Katastrophenvorsorge und beim Wiederaufbau und trägt dazu bei, dass die Grundversorgung nach einer Katastrophe so schnell wie möglich wiederhergestellt wird.
- 3.3 Über das internationale Engagement sollen der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken erhöht, der Zugang zu sicheren und nachhaltig finanzierten Heilmitteln sichergestellt und nachhaltige nationale Gesundheitssysteme gefördert werden. Die Schweiz will die Gouvernanz in der globalen Gesundheitsordnung fördern und zur Weiterentwicklung der internationalen Suchtpolitik beitragen.
- 3.4 Die Schweiz positioniert sich mit ihrer Strategie zum Schutz des gefährdeten Kulturerbes in einem internationalen Kontext der zunehmenden Gefährdung des Kulturerbes aufgrund von bewaffneten Konflikten oder von Naturkatastrophen. Der Bund begleitet die verschiedenen Förderbereiche der Kulturpolitik im Ausland wie Filmförderung, Schweizerschulen und Kulturgütertransfer. Auf multilateraler Ebene strebt die Schweiz eine Beteiligung an Programmen der EU an, ist aktives Mitglied des UNESCO-Exekutivrates und konsolidiert den Platz der Kultur im Europarat.
- 3.5 Das Potenzial der Städte als aussenpolitische Akteure nutzt die Schweiz über Partnerschaften im In- und Ausland. Sie verstärkt den Dialog, besonders im Nachhaltigkeitsbereich, mit relevanten Städte-Netzwerken oder über UN-Habitat. Dabei bekämpft sie negative Umweltentwicklungen sowie die Folgen von Konflikten auf Städte.

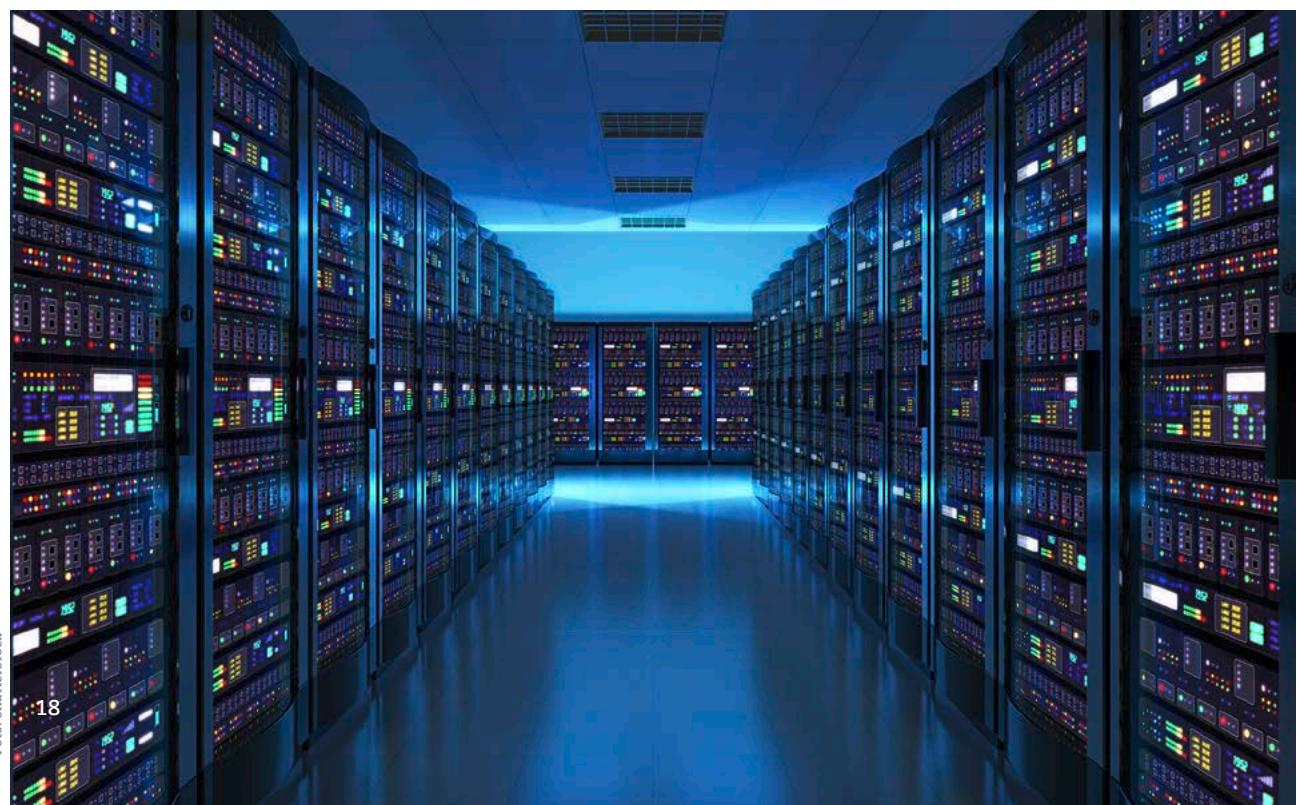
4. Digitalisierung

Die Schweiz schärft ihr Profil in den globalen Bestrebungen, die Gouvernanz der Digitalisierung zu festigen. Sie entwickelt ihre Digitalaussenpolitik weiter und positioniert Genf als führenden Standort der Digitalisierungs- und Technologiedebatten. In ihrer Digitalaussenpolitik setzt sie sich für den Einbezug aller betroffenen Akteure ein. Sie trägt zu neuen Lösungsansätzen bei und verfolgt das Ziel eines offenen und sicheren digitalen Raums, der sich auf das Völkerrecht stützt und die Menschen mit ihren Bedürfnissen ins Zentrum stellt.

Digitalisierung und neue Technologien wie künstliche Intelligenz oder Blockchain bieten für alle Menschen Chancen: Die Nutzung der Technologien kann die Bestrebungen in den vorgenannten thematischen Schwerpunkten Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit fördern. Die digitale Transformation birgt gleichzeitig Risiken für Mensch, Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie. Sie schafft Komplexität und Abhängigkeiten und kann grenzüberschreitend die Sicherheit von Individuen, Unternehmen und Staaten mindern. Die Privatsphäre gerät unter Druck, das Arbeitsleben verändert sich stark, der Einfluss einzelner Unternehmen steigt, und neue Technologien werden teils von Staaten und anderen Akteuren missbräuchlich eingesetzt.

Die Schweiz vertritt die Vision eines freien, offenen und sicheren digitalen Raums und setzt sich für die Reduktion der Risiken und Bedrohungen ein. Sie bezieht die betroffenen Akteure ein, um auf internationaler Ebene neue Lösungsansätze zu entwickeln. Sie schärft ihr aussenpolitisches Profil in allen Bereichen der Digitalisierung – auf der Basis ihrer anerkannten Kompetenzen sowie der Strategie «Digitale Schweiz» und der «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken». Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Fachleuten ist zentral. Die Wissenschaftsdiplomatie stellt dabei einen stimulierenden Ansatz dar, in welchem Wissenschaft, Technologie und Aussenpolitik bewusst miteinander kombiniert werden.

Digitale Gouvernanz und Kooperation: Auf internationaler Ebene ist die Ausgestaltung der digitalen Gouvernanz – das heißt die Festlegung von «Spielregeln» für Nutzung und Weiterentwicklung des Internets und des digitalen Raums – Gegenstand intensiver Debatten. Mit ihrem partizipativen und lösungsorientierten Ansatz ist es der Schweiz in den letzten beiden Jahrzehnten gelungen, wichtige Impulse für die Entwicklung neuer Regelwerke für die digitale Welt des 21. Jahrhunderts zu setzen. Sie möchte die Zukunft des digitalen Raums weiter mitprägen und fördert dazu den Dialog zwischen allen Anspruchsgruppen. Ziel ist es, Rollen und Verantwortlichkeiten der einzelnen staatlichen und privaten Akteure zu klären und die Architektur dieser Gouvernanz weiterzuentwickeln. Die Bedürfnisse der Menschen stehen dabei im Zentrum. Rechtsstaatlichkeit und universelle Menschenrechte wie die Informations- und Meinungsfreiheit und der Schutz der Privatsphäre müssen auch online gewährleistet sein. Freiheitsrechte wie die Pressefreiheit gilt es zu verteidigen. Als Brückenbauerin will unser Land zur Umsetzung der Empfehlungen des hochrangigen Panels von UNO-Generalsekretär Guterres zur digitalen Kooperation貰beiten, indem es mithilft, neue Gouvernanzmodelle zu entwickeln. Es fördert vermehrt Innovationen und Netzwerke für eine möglichst freie gesellschaftliche und wirtschaftliche Entfaltung im digitalen Raum.



Genf als Zentrum der globalen Digital- und Technologiepolitik: Das internationale Genf spielt bereits heute eine wichtige Rolle in der globalen Digitalpolitik. So beherbergt Genf beispielsweise das Sekretariat des UN Internet Governance Forums. Durch eine stärkere Vernetzung der Akteure und eine interdisziplinäre Zusammenarbeit kann diese Rolle noch gestärkt werden. Um Genf als Standort der globalen Digitalisierungs- und Technologiedebatten zu positionieren, unterstützt der Bundesrat mehrere Initiativen: Neben der Geneva Internet Plattform als Informationsplattform und Dialogforum für alle Aspekte der Digitalisierung soll die neugegründete Stiftung Geneva Science and Diplomacy Anticipator die gesellschaftlichen Herausforderungen einer digitalisierten Welt antizipieren und die notwendigen multilateralen Rahmenbedingungen mit der UNO schaffen. Der Geneva Dialogue on Responsible Behaviour in Cyberspace bringt zudem Akteure im Bereich der Cyberdiplomatie zusammen. Das Potenzial dieser Initiativen soll noch besser ausgeschöpft werden. Ideale Rahmenbedingungen begünstigen die Ansiedlung zukunftsorientierter Multistakeholder-Strukturen in den Bereichen Digitalisierung und neue Technologien in der gesamten Schweiz.

Cyberdiplomatie: Cyberspionage, Angriffe auf kritische Infrastrukturen, digitale Kriminalität, Desinformation und Propaganda nehmen zu. Der Cyberraum hat eine neue Dimension in der Aussensicherheitspolitik geschaffen und ist in bewaffneten Konflikten als weiterer Operationsraum hinzugetreten. Die Wahrung der Interessen und Werte der Schweiz muss auch im Cyberraum sichergestellt werden. Dafür will die Schweiz ihr internationales Engagement intensivieren und ihr Profil im Bereich Cybersicherheit und diplomatie weiter ausbauen. Fundament dafür bilden die Einhaltung des Völkerrechts, namentlich der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, auch im Cyberraum. Die Schweiz fördert nicht nur den Auf- und Ausbau ihrer eigenen Kapazitäten, sondern setzt sich auch für die zwischenstaatliche Vertrauensbildung und Friedensförderung ein. Sie überträgt ihr Engagement damit von der «Offline»-Welt in die «Online»-Welt. Sie unterstützt auch den Kapazitätsaufbau in Drittstaaten und trägt somit zur Verbesserung der globalen Cybersicherheit bei.

Sicherer Datenhafen: Das Datenvolumen steigt. Gleichzeitig lagern immer mehr Unternehmen ihre Informationssysteme samt Daten aus. Der Schutz von Daten und die Sicherheit von Informationssystemen und Dateninfrastruktur werden wichtiger. Die Etablierung der Schweiz als «sicheren Datenhafen» kann zu einer neuen Form der Guten Dienste werden und die Schweiz als Wirtschafts- und Technologiestandort stärken. Besonders für humanitäre Akteure, welche sensible Daten von schutzbedürftigen Personen verwalten, ist ein sicheres Datenumfeld essenziell. Entsprechend setzt die Schweiz hohe Standards im Rahmen ihrer eigenen Datenschutzregelungen und stimmt diese nach Bedarf mit wichtigen regulatorischen Entwicklungen auf internationaler Ebene, inklusive der EU, ab. Die Neutralität, die politische und wirtschaftliche Stabilität, Datenschutzregelungen und technisches Know-how in der Schweiz dienen als optimale Grundlage für dieses Engagement.

Digitale Selbstbestimmung: Die Einhaltung des Völkerrechts bildet das Fundament für einen von den Menschen selbstbestimmten digitalen Raum. Als Alternative zur Datenkonzentration bei grossen Technologieunternehmungen oder beim Staat engagiert sich die Schweiz für ein digitales Ökosystem, das sich an den Grundwerten unserer freiheitlich-rechtstaatlichen Gesellschaft orientiert. Dadurch sollen demokratische Rechte gestärkt und neue Möglichkeiten einer selbstbestimmten Teilnahme im digitalen Raum und der Mitgestaltung des digitalen Service Public geschaffen werden. Die Schweiz fördert deshalb hochwertige Datenräume, die einen freien und vertrauenswürdigen Datenaustausch zwischen allen Beteiligten ermöglichen.

Digitale Technologien für eine nachhaltige Entwicklung: Digitale Technologien und technische Innovationen ermöglichen eine effizientere Ressourcennutzung und sollen auch der internationalen Zusammenarbeit dienen. Diese priorisiert den Einsatz neuer Technologien zum Schutz von Menschen in Not, für die Armutsrückbildung, zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und privatwirtschaftlicher Initiativen sowie zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie des Klimawandels (z. B. Tech4good). Gleichzeitig werden negative Auswirkungen der Digitalisierung auf eine nachhaltige Entwicklung reduziert. Dies betrifft insbesondere den gestiegenen Bedarf an Rohstoffen und Energie. Für eine digitale Transformation der Wirtschaft von Entwicklungsländern ist es schliesslich unerlässlich, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner als Teil einer hochwertigen Grundversorgung gleichberechtigt einen bezahlbaren Zugang zum Internet erhalten.

Ziele

- 4.1 Die Schweiz bringt Akteure aus allen Anspruchsgruppen zusammen, um die Verantwortlichkeiten im digitalen Raum zu klären und neue Gouvernanzmodelle zu entwickeln. Als Brückenbauerin spielt sie eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Empfehlungen des hochrangigen Panels des UNO-Generalsekretärs zur digitalen Kooperation.
- 4.2 Die Schweiz setzt sich für geeignete Rahmenbedingungen einer globalen Digitalisierungs- und Datenpolitik ein, die Zugang und Nutzung von Daten zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung fördern. Demokratische Selbstbestimmung, Rechtstaatlichkeit und die Respektierung der Menschenrechte müssen gewährleistet bleiben. Die Schweiz schafft dazu ein internationales Netzwerk zur Förderung der digitalen Selbstbestimmung. Sie entwickelt die Zusammenarbeit mit der EU weiter und nutzt so die Chancen eines europäischen Datenraums und eines digitalen Binnenmarktes.
- 4.3 Die Schweiz fördert die Rolle Genfs als Zentrum der globalen Digital- und Technologiepolitik. Sie stärkt existierende Foren wie die Geneva Internet Plattform, die Stiftung GESDA oder den Geneva Dialogue. Auch mit Forschungsinstituten anderer Kantone wird die Zusammenarbeit verstärkt.
- 4.4 Die Schweiz baut ihr Profil im Bereich der Digitalaussenpolitik aus. Sie unterstützt internationale Vertrauensbildung zur Minimierung der Risiken. Das Prinzip «Recht vor Macht» gilt auch virtuell, weshalb sie Initiativen zur Klärung der Anwendung des Völkerrechts im Cyberraum fördert.
- 4.5 Die Schweiz unterstützt Entwicklungsländer in der Anwendung neuer Technologien sowie im Umgang mit deren Risiken. Sie engagiert sich in der Reduktion der negativen Umweltauswirkungen beim Abbau von Rohstoffen und fördert die Anwendung neuer Technologien zur Prävention humanitärer Krisen. Sie schafft die notwendigen Gefässe, um humanitäre Innovation auf allen Ebenen zu fördern. In Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnern wie dem IKRK erarbeitet sie Rahmenbedingungen für den Schutz von digitalen humanitären Daten.

Geografische Ebene

Die thematischen Schwerpunkte und Ziele der Strategie werden in allen Regionen der Welt sowie auf multilateraler Ebene umgesetzt. In den folgenden Kapiteln wird dieses Engagement erläutert.

5. Europa (EU)

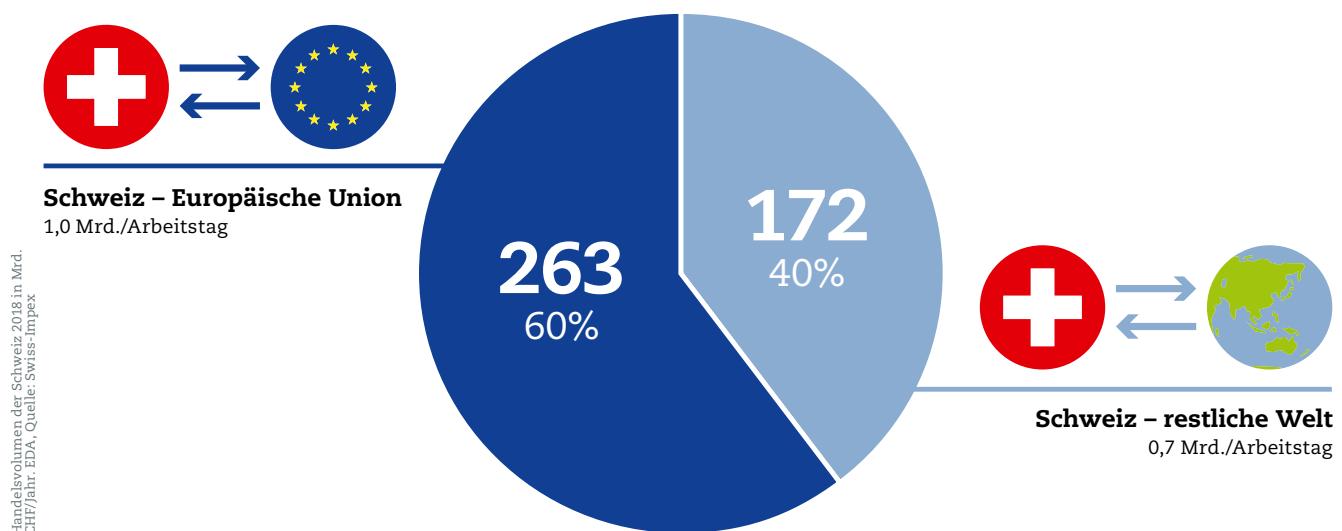
Die Schweiz ist ein europäisches Land, dessen Interessenwahrung in der Welt mit Europa beginnt. Sie sichert sich einen weitgehenden Zugang zum EU-Binnenmarkt und arbeitet in zahlreichen Bereichen eng mit der EU, ihren Mitgliedstaaten und weiteren europäischen Ländern wie dem Vereinigten Königreich zusammen.

Das Verhältnis der Schweiz zu Europa bleibt die Schlüsselfrage ihrer Aussenpolitik. Erfolgreiche Interessenwahrung verlangt nach starken strategischen Partnerschaften, namentlich in der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Schweiz liegt geografisch im Zentrum Europas, ist mit den umliegenden Staaten in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, demografischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht traditionell eng verflochten und teilt deren Grundwerte. Es ist deshalb in ihrem Interesse, einen Beitrag an ein starkes, stabiles Europa zu leisten, das gemeinsam weltweit für Wohlstand und nachhaltige Entwicklung, für Sicherheit, Frieden, Demokratie und Menschenrechte einsteht. Für die Schweiz haben die Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten eine

besondere Bedeutung, weil die EU bei der Formulierung von europäischen Standards und als Akteur in der kontinentalen Zusammenarbeit die führende Rolle spielt.

Europapolitische Ziele der Schweiz bleiben die Sicherung und Weiterentwicklung eines weitgehenden Zugangs zum EU-Binnenmarkt sowie die Zusammenarbeit mit der EU in ausgewählten Interessensbereichen unter Wahrung grösstmöglicher politischer Eigenständigkeit. Die EU bleibt die mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartnerin. Die Teilnahme am EU-Binnenmarkt ist auch in Zukunft entscheidend für eine starke, international wettbewerbsfähige Schweizer Wirtschaft und damit für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Der sogenannte

EU: wichtigster Handelspartner der Schweiz



bilaterale Weg auf der Basis sektorieller Abkommen ist der für die Schweiz massgeschneiderte Ansatz zur Gestaltung ihrer Beziehungen zur EU.

Der bilaterale Weg umfasst neben Marktzugangsabkommen weitere Kooperationsbereiche; sie reichen von Bildung und Forschung über Sicherheit, Migration und Asyl bis zu Umweltpolitik und decken alle Bereiche der Schweizer Aussenpolitik ab. Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der EU für die thematischen Schwerpunkte dieser Strategie wird mit spezifischen Prioritäten in den vorgenannten vier thematischen Kapiteln (Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Digitalisierung) hervorgehoben.

Die Schweiz strebt eine Beteiligung an der nächsten Generation der EU-Programme in den Bereichen Forschung und Innovation an und prüft eine Beteiligung im Bildungsbereich. Ferner erfordern die zunehmenden Stromnetzprobleme einen Zugang zum EU-Strombinnenmarkt. Im Rahmen der Schengen/Dublin-Assoziiierung setzt sich die Schweiz für gemeinsame europäische Lösungen in den Bereichen innere Sicherheit und Migration sowie für eine glaubwürdige Asylpolitik auf europäischer Ebene ein. Sie beteiligt sich an Instrumenten zur Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung, an den konzertierten Massnahmen zum Schutz der Schengen-Aussengrenze und zur Verbesserung der Rückkehr sowie an der gemeinsamen Visa-Politik.

Über zwanzig Jahre nach Abschluss der Bilateralen I und angesichts der Tatsache, dass seit über fünfzehn Jahren keine neuen Marktzugangsabkommen mit der EU mehr abgeschlossen wurden, müssen der EU-Binnenmarktzugang sowie der bilaterale Weg konsolidiert und weiterentwickelt werden. Der vorliegende Entwurf eines Institutionellen Abkommens (InstA) stellt sicher, dass im gemeinsamen Binnenmarkt Schweiz–EU für alle Teilnehmenden gleiche Regeln gelten und diese überall gleich angewandt werden. Damit garantiert das InstA der Schweiz einen nachhaltigen Zugang zum Binnenmarkt, erhöht die Rechts- und Planungssicherheit und stärkt den Schutz vor Diskriminierung gegenüber der EU-Konkurrenz. Zudem wird mit Abschluss des InstA die Grundlage für den Abschluss neuer Marktzugangsabkommen geschaffen. In drei Bereichen (Lohnschutz, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie) fordert die Schweiz von der EU noch zusätzliche Klärungen.

Stabile, geregelte und entwicklungsfähige Beziehungen zur EU werden weiterhin das Hauptziel der Schweizer Europapolitik sein. Dazu gehören die Erarbeitung innenpolitisch breit abgestützter Lösungen in den drei Klärungspunkten bzw. die Einigung mit der EU über ein InstA, die Durchführung des internen Genehmigungsverfahrens sowie die Umsetzung eines solchen Abkommens. Die begleitende innenpolitische Debatte über die Konsolidierung und Zukunftsfähigkeit des bilateralen Wegs soll selbstbewusst und ambitioniert geführt

werden. Ein InstA bildet für die EU die Voraussetzung für den Abschluss neuer Abkommen insbesondere in den Bereichen Strom, Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit. Gleichzeitig sieht die EU auch eine Verbindung zwischen den Fortschritten beim InstA und der Aktualisierung bestehender Marktzugangsabkommen sowie der Beteiligung an gewissen Kooperationsbereichen wie zum Beispiel EU-Programmen. Unser Land engagiert sich deshalb für die Weiterführung der Arbeiten in allen Dossiers und bereitet sich gleichzeitig auf alle Eventualitäten vor.

Die Schweiz will eine verlässliche und solidarische Partnerin sein. Zur Stärkung von Wohlstand, Sicherheit und Demokratie in Europa arbeitet sie eng mit der EU und deren Mitgliedstaaten zusammen. Mit einem zweiten Beitrag an ausgewählte EU-Staaten möchte sie in den kommenden Jahren zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der EU sowie zur besseren Bewältigung der Migrationsbewegungen in Europa beitragen. Die Schweiz stimmt – wo sinnvoll und in ihrem Interesse – ihre aussenpolitischen Instrumente, beispielsweise in den Bereichen Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Politik sowie Menschenrechts- und Friedenspolitik, mit denjenigen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ab.

Den Nachbarstaaten der Schweiz kommt eine herausragende Bedeutung zu. Ein Drittel ihres gesamten Aussenhandels wickelt die Schweiz mit ihnen ab. In offenen bilateralen Fragen sollen Fortschritte erzielt werden. Die Bedürfnisse der Grenzregionen werden dabei besonders berücksichtigt. Zudem sollen neue, auf die gemeinsamen Herausforderungen orientierte Zusammenarbeitsfelder identifiziert und vertieft werden. Auch die bilateralen Beziehungen zu ausgewählten EU-Mitgliedstaaten sollen intensiviert und mit den europapolitischen Gesamtzielen der Schweiz abgestimmt werden. Dies betrifft insbesondere die jeweilige EU-Ratspräsidentschaft. Mit dem Ziel einer kohärenten, effektiven Schweizer Interessenwahrung sollen in den bilateralen Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten Synergien systematisch genutzt werden.

Aufbauend auf der bisherigen Umsetzung der «Mind the Gap»-Strategie will die Schweiz mit dem Vereinigten Königreich (VK) – im Hinblick auf dessen EU-Austritt – die Beziehungen vertiefen und auf neue Interessensbereiche ausdehnen.

Im Sinne einer übergeordneten strategischen Massnahme strebt die Schweiz eine Stärkung der Kohärenz der Schweizer Europapolitik an. Die aussenpolitischen Instrumente der Schweiz sollen wo sinnvoll auf deren Verhältnis zum Schweizer Kernanliegen konsolidierter Beziehungen zur EU überprüft werden.

Ziele

- 5.1 Die Schweiz konsolidiert durch den Abschluss eines InstA den EU-Binnenmarktzugang sowie den bilateralen Weg insgesamt und ermöglicht dessen Weiterentwicklung durch den Abschluss neuer Marktzugangsabkommen. Für den Fall eines Ausbleibens einer Einigung über das InstA entwickelt die Schweiz zeitgerecht konkrete Massnahmen in den sektoriellen Bereichen der Zusammenarbeit mit der EU, um unerwünschte negative Folgen abzufedern.
- 5.2 Die Schweiz schliesst die laufenden Verhandlungen insbesondere in den Bereichen Strom, Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit mit der EU ab und sichert die Beteiligung an EU-Programmen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Innovation.
- 5.3 Die Schweiz nutzt ihre Assozierung an Schengen/Dublin, um ihre Interessen in der Bekämpfung von Kriminalität und irregulärer Migration sowie beim Grenzschutz auf europäischer Ebene einzubringen. Sie stärkt die Sicherheit der Schweiz und Europas mit der Übernahme und Umsetzung von Schengen-Weiterentwicklungen.
- 5.4 Zur Gewährleistung der Kohärenz ihrer Europapolitik prüft die Schweiz wo sinnvoll ihre Aussenpolitiken auf ihr Verhältnis zu den europapolitischen Kernzielen, schafft Koordinationsinstrumente und führt einen regelmässigen Dialog mit der EU über sämtliche Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit. In den bilateralen Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten werden die verschiedenen Dossiers verstärkt koordiniert und konsequent mit den europapolitischen Kernzielen abgestimmt.
- 5.5 Bestehende gegenseitige Rechte und Pflichten zwischen der Schweiz und dem Vereinigtem Königreich sind im Rahmen der «Mind the Gap»-Strategie soweit als möglich rechtlich zu sichern. Das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und dem VK wird vertieft und ausgebaut («Mind the Gap»-Plus).

6. Weitere Regionen und globale Schwerpunktländer

Die Schweiz pflegt gemäss dem Prinzip der Universalität mit allen Staaten der Welt gute bilaterale Beziehungen. Sie arbeitet mit regionalen und multilateralen Organisationen sowie mit globalen Partnern zusammen. Ihre thematischen Prioritäten gelten auch geografisch, insbesondere gegenüber den Schwerpunktländern des Bundesrates.

Auch ausserhalb des EU-Raums pflegt die Schweiz aktiv ihre Beziehungen. Sie kombiniert die bilaterale Zusammenarbeit mit einer Stärkung der Kooperation mit Regionalorganisationen, so in Europa insbesondere in und mit der OSZE und dem Europarat, in Asien mit dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und den Staaten des Asien-Europa-Treffens (ASEM), in den Amerikas mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sowie auf dem afrikanischen Kontinent mit der Afrikanischen Union (AU). Im Jahr 2005 hat der Bundesrat zudem beschlossen, die Zusammenarbeit mit Schwerpunktländern ausserhalb der EU systematischer zu gestalten. Die Beziehungen mit Brasilien, China, Indien, Japan, Russland, Südafrika, der Türkei und den USA wurden seither auf der Basis von Länderstrategien gestärkt, häufig kombiniert mit einem Memorandum of Understanding (MoU).

Mit den Schwerpunktländern führt die Schweiz formalisierte Dialoge. Zur Stärkung der Kohärenz werden in der neuen Legislaturperiode mehrere Länderstrategien erneuert. Für deren Umsetzung sorgen interdepartementale Koordinationsgremien. Dabei wird den Herausforderungen im

Sicherheitsbereich spezielle Aufmerksamkeit geschenkt. Die Kooperation mit den acht Schwerpunktländern ist besonders intensiv. Die Schweiz gestaltet aber – getreu dem Universalitätsprinzip – mit allen Staaten aktiv bilaterale Beziehungen. Ein spezielles Augenmerk gilt jenen Staaten, die ihr aufgrund vergleichbarer Interessen und Werte nahestehen. In der neuen Legislaturperiode sollen mit gleichgesinnten Staaten häufiger diplomatische Initiativen ergriffen werden.

Südosteuropa, Osteuropa und angrenzende Regionen:

Die Schweiz wird in den Regionen Südosteuropa, Osteuropa, dem Südkaukasus und in Zentralasien, die im Zentrum verschiedener Machtansprüche und Einflusszonen liegen, für ihre Unvoreingenommenheit und ihr humanitäres Profil geschätzt. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass sie im Rahmen ihrer Guten Dienste seit 2009 die georgischen Interessen in Russland und die russischen Interessen in Georgien vertritt. Die Schweiz stärkt ausserdem ihre Beziehungen zu den Ländern zwischen den Mächten: In Belarus wurde im



Jahr 2019 eine Botschaft eröffnet. Auch Armenien, Serbien und Kasachstan sind als Bindeglieder zwischen Ost und West wichtige Partnerstaaten. Auf dem Westbalkan stehen die Unterstützung für die Stabilität und Entwicklung der einzelnen Länder sowie der Prozess der EU-Integration im Vordergrund. Die EU ist im Rahmen ihrer Erweiterungspolitik eine zentrale Akteurin in der Region. Über die Instrumente der internationalen Zusammenarbeit unterstützt die Schweiz die Staaten in ihrer Annäherung an europäische Standards und beteiligt sich an den Bemühungen der EU für Frieden und Stabilität. Sie ergänzt diese wie zum Beispiel im EU-facilitierten Dialog zwischen Belgrad und Pristina mit eigenen Initiativen.

Folgende Prioritäten stehen im Vordergrund:

1. Frieden und Sicherheit: Die Schweiz unterstützt die Länder der Region bei einer eigenständigen Transition. In Bezug auf die Konfliktkontakte, welche das Tagesgeschäft von Europarat und OSZE dominieren, spielt unser Land eine ausgleichende Rolle. Es setzt sich durch einen intensiven Austausch mit Schlüsselakteuren sowie via die Entsendung von Personal für das Funktionieren der beiden Organisationen ein und stärkt deren Handlungsfähigkeit, beispielsweise die OSZE-Sonder-beobachtungsmission in der Ukraine. Auch die Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) der NATO ist ein Beitrag an die Stabilität der Region. Die Schweiz nimmt an Friedensmissionen der UNO, der OSZE, EU oder der NATO (KFOR im Kosovo) teil.
2. Wohlstand: Dank langjährigem Engagement und Präsenz sowie einer grossen Diaspora aus der Region nutzt die Schweiz politische Opportunitäten für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie setzt sich unter anderem für gute Regierungsführung ein. Überdies pflegt sie zu den Ländern Zentralasiens als Leiterin ihrer Stimmrechtsgruppe in den Bretton-Woods-Institutionen auch bilateral eine besondere Beziehung.
3. Nachhaltigkeit: Im komplexen Kontext des grenzüberschreitenden Wassermanagements in Zentralasien stärkt die Schweiz einen integrierten, regionalen Ansatz. Sie unterstützt die Länder Zentralasiens, Osteuropas, des Südkaukasus und des Westbalkans beim nachhaltigen Umgang mit Ressourcen sowie bei der Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung an dessen Folgen.
4. Digitale Gouvernanz: Über ihre Arbeit in der OSZE und im Europarat trägt die Schweiz zur Weiterentwicklung der europäischen Werte- und Rechtsordnung in Bezug auf neue Themen wie künstliche Intelligenz oder Cybersicherheit sowie zu mehr Sicherheit auf unserem Kontinent bei.

Schwerpunktland Russland: Russland ist für die Schweiz aufgrund seiner historischen Zugehörigkeit zu Europa und der geopolitischen Aspiration ein wichtiges und herausforderndes Land. Spannungen zwischen dem Westen und Russland, Menschenrechtsfragen oder auch die Aktivitäten Russlands im Sicherheitsbereich tangieren unsere Interessen ganz direkt. Ausser bei Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen nimmt die Schweiz vermittelnde Positionen ein. In einem breiten Dialog, der auf einem Memorandum of Understanding aus dem Jahr 2007 basiert, spricht sie alle Fragen offen an und ergreift nötigenfalls auch Massnahmen, namentlich in den Bereichen Spionage und Cybersicherheit. Durch die Spannungen akzentuieren sich auch die Konflikte in der Region. Die Schweiz leistet mit Guten Diensten einen Beitrag, um die Folgen dieser Konflikte für die betroffenen Menschen zu vermindern, zur Lösungsfindung beizutragen und Vertrauen zu schaffen. Auch in den Bereichen Forschung, Bildung und Kultur bieten sich Chancen. Und schliesslich erreichen Unternehmen, welche die Eintrittshürden in den russischen Markt und damit in die Eurasische Wirtschaftsunion gemeistert haben, bis zu 180 Millionen Konsumenten.

Schwerpunktland Türkei: Als bedeutende Regionalmacht hat die Türkei aufgrund ihrer strategischen Lage eine Scharnierfunktion inne, mit Ausstrahlung auf den Balkan, den Mittleren Osten, Zentralasien und Nordafrika. Die Schweiz hat ein grundlegendes Interesse, die Bindung der Türkei an den Westen und die dazugehörenden Werte zu festigen. In der Zusammenarbeit mit der Türkei stehen für die Schweiz die Bereiche Sicherheit, Migration und Wirtschaft im Vordergrund. Die Situation in der Türkei ist durch eine abnehmende Einhaltung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Standards geprägt. Darüber hinaus ist die Türkei in einen internen Konflikt (Kurdenfrage), militärische Operationen in der Region sowie Spannungen im östlichen Mittelmeerraum (v. a. Zypernfrage) verwickelt. Auch als Folge davon hat sich die Wirtschaftslage verschlechtert, und die Polarisierung der Gesellschaft hat zugenommen. Dessen ungeachtet ist davon auszugehen, dass die Türkei ihren Status als Regionalmacht festigen wird. Die Türkei ist zudem zum grössten Zielland für Flüchtlinge geworden und bleibt weiterhin Drehscheibe von Migrationsbewegungen. Ihre Rolle bei der Bekämpfung von Terrorismus aus dem Mittleren Osten bleibt für Europa von grosser Bedeutung. Angesichts der Interessenslage der Schweiz bleibt ein intensiver, kritisch-konstruktiver Dialog mit der türkischen Regierung bilateral und im Europarat sowie in der OSZE zentral.

Subsahara-Afrika:

Mit seinen 49 Ländern und einer Bevölkerung von rund 1,2 Milliarden nimmt Afrika geopolitisch stetig an Bedeutung zu. China, aber auch Indien, die Golfstaaten oder die Türkei weiten ihren Einfluss auf dem Kontinent aus. Das wirtschaftliche Potenzial der Region ist gross, wird aber vielerorts aufgrund schlechter Rahmenbedingungen und Korruption wenig oder einseitig ausgeschöpft. Nachhaltiges Wachstum – auch ausserhalb des Rohstoffbereichs – ist unerlässlich, damit die rasch zunehmende Zahl junger Menschen in die Wirtschaft integriert und Ungleichheiten abgebaut werden können. Die Digitalisierung bietet gerade in Subsahara-Afrika besondere Chancen. Sie kann in vielen Ländern ein Wachstumsmotor sein. Gleichzeitig ist die Region Schauplatz vieler Konflikte und leidet unter mangelnder Regierungsführung.

Die Schweiz geniesst in Afrika eine hohe Glaubwürdigkeit. Sie war nie Kolonialmacht, ihre Neutralität und humanitäre Tradition werden geschätzt und sind im regionalen Bewusstsein verankert. Die Schweiz will vermehrt Chancen wahrnehmen und die Region bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen partnerschaftlich unterstützen. Sie verfasst deshalb eine Strategie für die Zusammenarbeit mit Afrika.

Folgende Prioritäten stehen im Vordergrund:

1. Frieden und Sicherheit: Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent kommt auch der Schweiz zugute, weshalb Friedensförderung und die Bekämpfung des gewalttägigen Extremismus bedeutsam sind. Ihre Glaubwürdigkeit erlaubt der Schweiz, häufig eine Rolle als Brückenbauerin einzunehmen. Für die längerfristige Stabilität sind demokratische Mitsprache und Schutz der Menschenrechte zentral. Die Schweiz unterstützt Rechtsstaatlichkeit und Kampf gegen Korruption als Grundvoraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Mit ihrer humanitären Hilfe trägt sie auch zur Linderung der Folgen von Katastrophen, Konflikten und anderen Notlagen bei.
2. Wohlstand: Die Förderung einer guten Grundversorgung und eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums ist Voraussetzung für Armutsreduktion, Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Ursachen irregulärer Migration. Sie sollen insbesondere die Perspektiven junger Menschen und von Frauen verbessern. Diese Grundpfeiler der Entwicklung können mit innovativen Ansätzen der internationalen Zusammenarbeit gefördert werden. Verbesserte Rahmenbedingungen vermehren auch wirtschaftliche Opportunitäten über verstärkten Handel und Investitionen.
3. Nachhaltigkeit: Der Klimawandel ist in Afrika deutlich spürbar. Im Sahel verschärft er die humanitäre Krise und fördert Konflikte. Die Schweiz reagiert darauf mit einem multidimensionalen Ansatz. Da extreme Wetterereignisse zunehmen, sind Katastrophenvorsorge und Rehabilitation prioritär.

4. Digitalisierung: Eine rasche Digitalisierung ermöglicht Lösungen, die der Entwicklung zugutekommen, so der Zugang zu Finanzdienstleistungen via Mobiltelefonie. Die Schweiz nutzt deshalb die Chancen neuer Technologien für ihre Arbeit vor Ort.

Schwerpunktland Südafrika: Südafrika ist das einzige afrikanische G20-Land. Für die Schweiz ist es der wichtigste wirtschaftliche Partner auf dem Kontinent. Mehr als 100 schweizerische Unternehmen sind vor Ort aktiv, und unter den ausländischen Investoren belegt die Schweiz den 9. Platz. Umgekehrt ist Südafrika eines der wenigen afrikanischen Länder, die in der Schweiz investieren. Es befindet sich in einer Phase der Neudeinition seiner Wirtschaftspolitik, was sich direkt auf die Unternehmen vor Ort auswirkt. Die Neuausrichtung geht weit über wirtschaftliche Prioritäten hinaus. Die Schweiz und Südafrika führen Dialoge zu einer breiten Palette von Themen, was die Diversität und Tiefe der bilateralen Beziehungen zeigt. Im multilateralen Kontext (UNO, AU), wo Südafrika innerhalb des afrikanischen Kontinents eine führende Rolle spielt, finden sich zahlreiche gemeinsame Anknüpfungspunkte.

Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika (MENA):

Die Region MENA erstreckt sich südlich des Mittelmeers von Marokko bis Ägypten und östlich vom Jemen über die Länder der Arabischen Halbinsel bis zum Iran. Aufgrund der geografischen Nähe und der geopolitischen Bedeutung ist die Region eine wichtige Partnerin für Europa, an deren Stabilität und wirtschaftlichem Aufschwung die Schweiz ein direktes Interesse hat. Während die Golfstaaten zu den reichsten Ländern der Welt gehören und wichtige Handelspartner der Schweiz sind, befinden sich andere Länder im Krieg und sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Zahlreiche ethnische und religiöse Konflikte, aber auch mangelhafte Regierungsführung und Korruption führen zu Armut, Flucht und irregulärer Migration und gefährden die Entwicklung der betroffenen Länder. Wassermangel und Klimawandel ziehen Ernährungsengpässe und interne Migration nach sich. Das Bevölkerungswachstum und der damit verbundene Energie- und Ressourcenbedarf stellen die Länder vor grosse Herausforderungen.

In den letzten Jahren hat eine Neudeinition der Allianzen im Kampf um die regionale Vorherrschaft stattgefunden. Diese Allianzen sind nicht monolithisch, und die Konstellationen ändern sich fortlaufend. Das Potenzial der reichen Golfländer, die zu den weltweit grössten Geldgebern in der Entwicklungszusammenarbeit gehören, ist für eine stärkere Etablierung von Süd-Süd-Zusammenarbeit in der MENA-Region nicht ausgeschöpft. Dies betrifft auch die Unterstützung

von Flüchtlingen aus der Region. Inklusive wirtschaftliche Entwicklung ist notwendig, um jungen Frauen und Männern eine Perspektive zu geben und den Ausbau von funktionierenden Institutionen voranzutreiben. Start-ups im Bereich der erneuerbaren Energien, der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz entwickeln sich vor allem in Israel und der Golfregion rasch.

Folgende Prioritäten stehen im Vordergrund:

1. Förderung von Frieden und Sicherheit: Mediation, Schutzmachtmandate, die Prävention von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus sowie die Förderung der Menschenrechte und des Völkerrechts leisten einen wertvollen Beitrag zu mehr Stabilität in der Region. Insbesondere die Schutzmachtmandate (für die USA im Iran, zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie für den Iran in Kanada) sind für die Schweiz prioritäre Aktionsfelder der Guten Dienste. In der Region befindet sich ein Viertel der 70 Millionen weltweit geflüchteten Menschen: die Schweiz setzt sich für ihren Schutz vor Ort und entlang der Migrationsrouten ein. In Nordafrika verfolgt sie einen Ansatz, der sowohl die Sahelzone als auch die nordafrikanischen Länder umfasst, und strebt die Formalisierung der Zusammenarbeit durch Migrationsabkommen an.
2. Wohlstand: Mit wirtschaftlicher Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit schafft die Schweiz Perspektiven vor Ort, insbesondere für junge Menschen, zum Beispiel im Bereich der Berufsbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie fördert die gute Regierungsführung, demokratische Strukturen, gleiche Chancen für Frauen und Männer sowie Initiativen gegen Misswirtschaft und Korruption. Mit einigen Staaten der MENA-Region besteht Potenzial in der Zusammenarbeit im Wirtschafts-, Finanz- oder Wissenschaftsbereich. In diesen Ländern fördert die Schweiz günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und setzt sich für ein stabiles Finanz- und Währungssystem ein.
3. Nachhaltigkeit: Der Klimawandel führt in der MENA-Region zu Konflikten. Über die IZA arbeitet die Schweiz an nachhaltigen Lösungen im Bereich des Klimaschutzes und der Wasserdiplomatie. Als Mitglied von IRENA, der Organisation für erneuerbare Energien mit Sitz in Abu Dhabi, setzt sie sich für die Förderung der nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien ein. Sie unterstützt die neuen Geber in den Ländern des Golfs bei der Professionalisierung ihrer Entwicklungszusammenarbeit und bei der Etablierung von Süd-Süd-Zusammenarbeit.
4. Digitalisierung: Die neuen Technologien verbreiten sich rasant in der Region. Während in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten soziale Medien, digitale Unternehmen und Start-ups die Wirtschaft ankurbeln und vor allem jungen Leuten neue Möglichkeiten bieten, setzen die Golfländer stärker auf die Digitalisierung im Dienstleistungsbereich, schaffen Ministerien und Forschungszentren

zur künstlichen Intelligenz und sind am Austausch mit der Schweiz bei der Datensicherheit interessiert.

Region Asien-Pazifik:

Der asiatische Raum hat in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Dynamik entwickelt; diese dürfte sich in nächster Zukunft fortsetzen. Bereits heute beherbergt die Region über die Hälfte der Weltbevölkerung, welche für gut ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung verantwortlich ist. 2024 werden sich mit China, Indien, Indonesien und Japan voraussichtlich vier der fünf grössten Volkswirtschaften in Asien befinden. Asien gewinnt auch geopolitisch an Bedeutung. Lösungen für globale Probleme in multilateralen Foren (z. B. UNO, WTO, Bretton Woods, G20) sind ohne Beteiligung asiatischer Länder und ohne Rücksicht auf deren Interessen nicht mehr denkbar. China strebt zunehmend eine Neuordnung des globalen Systems nach eigenen Bedürfnissen an. Die Dynamik Asiens bringt gewichtige Herausforderungen mit sich, etwa im Bereich der Nachhaltigkeit oder der wachsenden Ungleichheit in und zwischen Ländern. Auch sicherheitspolitisch bestehen zahlreiche Spannungsfelder. Sie werden durch die Präsenz mehrerer Atommächte und das Fehlen einer regionalen Sicherheitsarchitektur verschärft. Die Schweiz will die mit der Dynamik einhergehenden Chancen nutzen und den Herausforderungen selbstsicher begegnen.

Folgende Prioritäten stehen im Vordergrund:

1. Frieden und Sicherheit: Die Schweiz setzt sich für die Prävention und Lösung von bewaffneten Konflikten ein, namentlich auf der koreanischen Halbinsel. Sie wirkt darauf hin, dass von Nuklearwaffen ausgehende Risiken minimiert werden und die Einhaltung der Menschenrechte verbessert wird. In Post-Konflikt-Situationen trägt sie dazu bei, Gräben in der Gesellschaft und in der Politik dauerhaft zu überwinden und rechtsstaatliche Strukturen zu stärken.
2. Wohlstand: Die Schweiz baut ihr Verhältnis zu den Schwerpunktländern im asiatischen Raum sowie zu weiteren aufstrebenden Akteuren systematisch aus und ist dabei bestrebt, ein Gleichgewicht zu wahren. Dabei spielen auch regionale Organisationen wie die ASEAN oder die ASEM eine wichtige Rolle. Das Wohlwollen, das unser Land aufgrund seiner Wirtschaftskraft, seines Technologieniveaus und der politischen Ungebundenheit geniesst, nutzt es, um Interessen hinsichtlich Markttöffnung, Berechenbarkeit und Stabilität zu fördern. Mit der Entwicklungszusammenarbeit stärkt die Schweiz die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und setzt sich dafür ein, dass öffentliche Institutionen und Dienstleistungen der gesamten Bevölkerung zugutekommen und Ungleichheiten reduziert werden.
3. Nachhaltigkeit: Die Schweiz leistet einen Beitrag an die Umsetzung der Agenda 2030. Der Fokus liegt auf der Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine

nachhaltige Entwicklung, auf der Förderung der guten Regierungsführung und der Bekämpfung der Ursachen und der Auswirkungen des Klimawandels.

4. Digitalisierung: Die Schweiz ist bestrebt, die Chancen der Digitalisierung im technikaffinen Asien zu nutzen, speziell im Bereich Wirtschaft und Innovation. Gleichzeitig sind die Herausforderungen im Cyberbereich und beim Schutz der Privatsphäre in Asien besonders gross. Den asiatischen Ländern und Firmen im Cyberbereich kommt wegen ihrer Vormachtstellung im Internet auch in der digitalen Gouvernanz eine Schlüsselrolle zu.

Schwerpunktland China: Mit dem wachsenden wirtschaftlichen und politischen Gewicht Chinas haben sich auch die schweizerisch-chinesischen Beziehungen intensiviert. Das im Jahr 2013 unterzeichnete Freihandelsabkommen bildet den Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unserem dritt wichtigsten Handelspartner. Daneben existieren in rund 30 Bereichen bilaterale Zusammenarbeitsgefässe, welche eine systematische Problemlösung fördern. 2016 haben die beiden Länder eine «innovative strategische Partnerschaft» vereinbart. Herausforderungen bestehen insbesondere im Zusammenhang mit den unterschiedlichen politischen Systemen, bei Menschenrechtsfragen und im sicherheitspolitischen Bereich. Die stärkere Polarisierung zwischen den Grossmächten ist herausfordernd. In Zukunft dürften sich häufiger Interessenkonflikte ergeben, da sich gerade im multilateralen Bereich die unterschiedlichen Wertesysteme stärker akzentuieren. Der Bedarf an strategischer Koordination auf Schweizer Seite – sowohl zwischen den Departementen als auch zwischen Bund und Kantonen – nimmt zu. Mit der «Belt and Road Initiative» (BRI) hat China sein bisher grösstes aussenpolitisches Projekt weiter konkretisiert. Die Politik des Bundesrates besteht darin, die Chancen der BRI für die Schweizer Interessen und die Wirtschaft optimal zu nutzen und gleichzeitig die Einhaltung von universellen Werten und Regeln einzufordern, damit die BRI wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig und zum

Nutzen der Zielländer umgesetzt werden kann. Eine nachhaltige Entwicklung in China ist entscheidend für einen erfolgreichen Umgang mit globalen Umweltrisiken.

Schwerpunktland Indien: Die «grösste Demokratie der Welt» und der bald bevölkerungsreichste Staat der Erde dürfte in den kommenden Jahren an geopolitischem Gewicht gewinnen. Die bilateralen Beziehungen mit Indien sind vielgestaltig, was sich an einer Vielzahl von Verträgen zeigt, zum Beispiel in den Bereichen Handel, Luftverkehr, Finanzen, Steuern sowie in der Entwicklungs-, Wissenschafts- und Technologiezusammenarbeit. Eine weitere Intensivierung der Beziehungen ist erstrebenswert: auf wirtschaftlicher Ebene, um die Schweizer Unternehmen am indischen Wirtschaftserfolg teilhaben zu lassen und die ökonomischen Interessen zu diversifizieren; aus politischer Sicht, weil Indien ein Akteur ist, der traditionell demokratischen Werten verpflichtet ist und die Ambition mitbringt, international eine Rolle zu spielen. Allerdings werfen souveränistische Tendenzen in jüngerer Zeit vermehrt Fragen auf, sowohl bezüglich innenpolitischer Entwicklungen als auch im regionalen Kontext. Umweltpolitisch ist Indien ein wichtiger Akteur, weil eine nachhaltige Entwicklung dieser aufstrebenden Volkswirtschaft entscheidend ist für das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad C zu beschränken und die natürlichen Ressourcen zu schonen.

Schwerpunktland Japan: Japan befindet sich in einem strategisch herausfordernden Umfeld: Als Allianzpartner der USA mit einer wirtschaftlich zunehmenden Abhängigkeit von China sucht es in der aktuellen Polarisierung zwischen den Grossmächten den Mittelweg. Territorialkonflikte mit den Nachbarn sowie der zunehmende Einfluss Chinas in der Region bilden Zündstoff für Auseinandersetzungen. Für die Schweiz ist Japan als weltweit drittgrösste Volkswirtschaft ein wichtiger Wirtschafts- und Wissenschaftspartner. Zudem sind Japan und die Schweiz in multilateralen Gremien oft gleichgesinnt.

Amerikas:

Der amerikanische Kontinent ist durch unterschiedliche Dynamiken im Norden und Süden charakterisiert. Die G7-Staaten USA und Kanada sind stabile Demokratien und kompetitive Volkswirtschaften, die sich durch hohe Rechtsstaatlichkeit, Innovationsfähigkeit und Wohlstand auszeichnen. Lateinamerika jedoch schafft es trotz Entwicklungspolitisch grosser Fortschritte nicht, sein dank üppigen natürlichen Ressourcen vorhandenes Potenzial auszuschöpfen. Die wichtigsten Bremsfaktoren sind mangelhafte Regierungsführung, Korruption, übermässige Bürokratie sowie ungenügende Bildungs- und Gesundheitssysteme. Der Unmut über die zunehmende sozioökonomische Ungleichheit und autoritäre Regierungen entlädt sich vermehrt mittels Protesten und Aufständen. Mangelnde Perspektiven, Kriminalität, Gewalt und Armut führen vielerorts zu Flucht und irregulärer Migration.

Zwecks Bewältigung dieser komplexen Herausforderungen in Lateinamerika setzt die Schweiz eine Vielzahl von Instrumenten ein, so jene der Friedenspolitik, jene zur Stärkung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen, zur Bekämpfung der Korruption, zur Stärkung der Gesundheit oder zur Wahrung des kulturellen Erbes. Instrumente der internationalen Zusammenarbeit wie humanitäre Hilfe, Globalprogramme oder wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit werden weiterhin eingesetzt. Die wirtschaftliche und wissenschaftliche, bildungs- oder umweltpolitische Zusammenarbeit auf dem Kontinent kann noch intensiviert werden.

Folgende Prioritäten stehen im Vordergrund:

1. Frieden und Sicherheit: Die Schweiz arbeitet mit den USA in spezifischen Bereichen zur Stärkung einer regelbasierten globalen Sicherheitsarchitektur zusammen. Die Auswirkungen interner Konflikte in Lateinamerika werden anhaltende Gute Dienste und humanitäre Hilfe notwendig machen. Die Schweiz trägt zur Linderung von Not nach Naturkatastrophen in der Region bei.
2. Wohlstand: Die Beziehungen mit regional bedeutenden Staaten werden dank dem Abschluss von Abkommen oder der Förderung der Kontakte und der Bottom-up-Initiativen, insbesondere in den Bereichen Freihandel, Berufsbildung, Wissenschaft und Innovation vertieft. Die beruflichen Perspektiven der Menschen in Lateinamerika sollen nachhaltig gestärkt werden, um Armut und Kriminalität einzudämmen.
3. Ausbau der Präsenz in und Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen: Die Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen OAS, CARICOM und Pazifik-Allianz wird gestärkt. Schwerpunkte sind Gouveranz, Menschenrechte, die Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Nachhaltigkeit, Katastrophenenschutz sowie Innovation und Berufsbildung.

Schwerpunktland Brasilien: Als grösstes und bevölkerungsreichstes Land Lateinamerikas ist Brasilien das politische und wirtschaftliche Schwergewicht und der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz in der Region. Gestützt auf ein MoU aus dem Jahr 2008 führt die Schweiz mit Brasilien Dialoge in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Steuern/Finanzen, Menschenrechte und geistiges Eigentum. Über Ad-hoc-Dialoge konnten zusätzlich in den Bereichen Rechtshilfe und Korruptionsbekämpfung sowie im Steuerbereich Erfolge erzielt werden. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EFTA-Mercosur wurden im August 2019 abgeschlossen. Brasilien ist für die Schweiz als Wortführer für zahlreiche lateinamerikanische Staaten auch in multilateralen Foren zentral. Mit der neuen Regierung hat die Schweiz trotz teilweise divergierender Positionen rasch Kontakte auf höchster Ebene geknüpft, um die bi- und multilaterale Kooperation gezielt weiterzuführen.

Schwerpunktland USA: Die Schweiz trägt der nach wie vor dominanten Position der USA im internationalen System und ihrer tragenden Rolle für die europäische Sicherheit angemessen Rechnung. Die bilateralen Beziehungen beruhen auf einem soliden historischen Fundament, weitgehend gemeinsamen Werten und engen kulturellen und menschlichen Verbindungen. Daran ändern auch mitunter divergierende Positionen in der jüngeren Vergangenheit nichts. Die USA sind die mit Abstand wichtigste Destination für Direktinvestitionen von Schweizer Firmen und der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz. Die Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Forschung und Innovation ist äusserst intensiv. Die kontinuierliche Pflege und Vertiefung der engen und vielschichtigen bilateralen Beziehungen hat sich gemäss dem Prinzip der Kontinuität bewährt. Regelmässige Dialoge finden in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Steuern, Finanzen, Zollfragen und Sicherheit sowie zwischen den Parlamenten statt. Die Idee für ein Freihandelsabkommen hat neuen Schwung erhalten und entsprechende Sondierungsgespräche ausgelöst. Eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Berufsbildung vom Dezember 2018 wird umgesetzt, ein Abkommen zur militärischen Ausbildungszusammenarbeit ist in Vorbereitung. Die Schweiz vertritt seit 1980 die US-Interessen im Iran. Sie ist bereit, sich dort, wo es im beidseitigen Interesse ist, mit den USA für Frieden und Sicherheit einzusetzen. Im Bereich der digitalen Technologien sind die USA ein Schlüsselakteur, mit dem ein intensiver Dialog gepflegt wird. Will die Schweiz ihre multilateralen Interessen global geltend machen, muss sie diese auch bilateral gegenüber Washington artikulieren und die Zusammenarbeit suchen.

Ziele

- **6.1 Südosteuropa, Osteuropa und angrenzende Regionen:** Die Schweiz pflegt eine kritisch-konstruktive Dialogpolitik mit Russland und der Türkei. Sie verstärkt das Engagement in den Ländern Osteuropas mit dem Ziel, die Eigenständigkeit dieser Staaten zu stärken. Solange Russland und Georgien keine diplomatischen Beziehungen pflegen, steht die Schweiz bereit, die Kommunikation zwischen diesen Staaten über ein Schutzmachtmandat aufrechtzuerhalten.
- **6.2 Subsahara-Afrika:** Die Schweiz formuliert eine Afrika-Strategie. Sie baut die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union aus und festigt damit ihre partnerschaftlichen Beziehungen mit den Ländern Afrikas – auch im Hinblick auf die Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat.
- **6.3 MENA-Region:** Die Schweiz erarbeitet eine Strategie für die Region und legt neben der Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten einen verstärkten Akzent auf die wirtschaftliche Entwicklung und die beruflichen Perspektiven für junge Menschen. Sie fördert günstige Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen. In der gesamten Region führt sie das Angebot der Guten Dienste weiter, insbesondere bezüglich der Schutzmachtmandate für den und gegenüber dem Iran.
- **6.4 Asien:** Die Schweiz erneuert ihre Chinastrategie und schafft interdepartamentale Koordinationsgremien, welche die Kohärenz stärken. Im Rahmen der «Belt and Road Initiative» (BRI) setzt sie sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Teilnahme von Schweizer Unternehmen an BRI-Projekten ein. Gleichzeitig engagiert sie sich für eine Ausrichtung der BRI an den Werten und Zielen der etablierten multilateralen Organisationen und Institutionen. Weiter baut die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit der ASEAN punktuell weiter aus.
- **6.5 Amerikas:** Die Schweiz setzt sich für eine Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Handel, Investitionen, Steuern, Innovation) ein mit dem Ziel, die teils engen wirtschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen. Mit vielen Staaten in der Region teilt sie eine multilaterale Like-Mindedness; sie wird sich gemeinsam mit diesen für die eigenen multilateralen Prioritäten einsetzen.

7. Multilateralismus

Nebst dem Engagement der Schweiz in verschiedenen Weltregionen ist für die Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus, Armut, Wirtschaftskrisen oder gewaltsame Konflikte die Zusammenarbeit in multilateralen Institutionen essenziell. Dank dieser ist es der Staatengemeinschaft in den letzten Jahren gelungen, wichtige Instrumente wie die Agenda 2030 oder das Pariser Klimaübereinkommen zu verabschieden. Für ein Land wie die Schweiz bleibt eine aktive Partnerschaft mit und die Teilnahme in internationalen Organisationen unverzichtbar.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Staaten ein multilaterales System mit entsprechenden Institutionen für viele verschiedene Bereiche geschaffen: regionale Werte-, Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaften wie der Europarat, die EU oder die OSZE, Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungsorganisationen wie die Bretton-Woods-Institutionen oder – als einzige Organisation mit universeller Zuständigkeit und Mitgliedschaft – die Vereinten Nationen. Für die Schweiz als mittelgrosses, stark globalisiertes Land bleibt eine Teilnahme in und Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen von grosser Bedeutung. Die Schweiz setzt sich für einen agilen und effektiven Multilateralismus ein, der dem vermehrt auftretenden Unilateralismus wirkungsvoll begegnet.

Als Leiterin einer Stimmrechtsgruppe in den **Bretton-Woods-Institutionen** und als Mitglied in den Leitungsgremien der regionalen Entwicklungsbanken gestaltet die Schweiz die strategische, institutionelle und operationelle Ausrichtung dieser Organisationen aktiv mit. Im **Internationalen Währungsfonds** trägt sie dabei zur Stärkung der Stabilität des globalen Währungssystems und zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungen und internationalen Zahlungen als Voraussetzung für nachhaltiges und breit abgestütztes Wirtschaftswachstum bei. Über die **Weltbank** und die regionalen Entwicklungsbanken leistet die Schweiz

einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut und zur Erhöhung des Lebensstandards in Entwicklungsländern. Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation **WTO** setzt sie sich für die Sicherung eines verlässlichen multilateralen Handelssystems ein. Auch die Mitgliedschaft in der **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** und eine enge Zusammenarbeit mit der **G20** als Forum der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Die Schweiz hat 2020 als Gastland der G20-Präsidentschaft die Chance, sich zum fünften Mal in Folge im Finance Track sowie erstmals im Sherpa Track (mit Themen wie Handel, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Korruptionsbekämpfung) einzubringen. Sie gestaltet zudem als Mitglied in den Leitungsgremien der **multilateralen Entwicklungsbanken** die strategische, institutionelle und operationelle Ausrichtung dieser Organisationen aktiv mit. Auch mit den **humanitären Akteuren**, allen voran dem **Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)** mit Hauptsitz in Genf, pflegt die Schweiz unter Berücksichtigung ihrer Unabhängigkeit enge Beziehungen. Im Kampf gegen die Straflosigkeit setzt sich die Schweiz für einen leistungsfähigen **Internationalen Strafgerichtshof (ICC)** ein.

Hauptquartier der UNO in Genf



Eine Schlüsselfunktion für unsere Aussenpolitik spielt die UNO. Für ihr gutes Funktionieren ist auch die Umsetzung von Reformen notwendig, um Staaten zur Erreichung ihrer Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen und die Relevanz der UNO in neuen Themenfeldern sicherzustellen. Im UNO-Entwicklungsysteem, im Bereich Frieden und Sicherheit sowie im Management werden bereits eine Reihe von Massnahmen umgesetzt. Entscheidend für deren Erfolg ist die Kohärenz zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen. Vermehrt sind Kräfte zu bündeln, damit die UNO ihrem Kernmandat, insbesondere der Prävention von gewaltsamen Konflikten, gerecht wird. In der Verantwortung stehen neben der UNO die Mitgliedstaaten selber. Sie sind es, die durch ihr aktives Engagement, ihren politischen Willen und ihre Kompromissbereitschaft in den Leitungsgremien, Ausschüssen und Prozessen Fortschritte ermöglichen.

Als **Gaststaat** profitiert die Schweiz von der landesweiten Präsenz verschiedener internationaler Organisationen. Eine besondere Rolle spielt dabei Genf, europäischer Hauptsitz der UNO und innovatives Labor für den reformierten Multilateralismus. Durch den Ansatz des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und

Wissenschaft gelingt es Genf, sich in relevanten Gegenwarts- und Zukunftsthemen zu positionieren. Der Sitz des CERN in Genf stärkt dazu dessen Potenzial als Standort, an dem Wissenschafts- und Technologieanwendungen auf globaler Ebene besprochen werden. Für die Schweizer Aussenpolitik ist zudem das Kontaktnetz wertvoll, das für die Bildung von themenbezogenen Koalitionen genutzt werden kann. In für die Schweiz prioritären Bereichen wie der Durchsetzung der Menschenrechte und der Einhaltung des humanitären Völkerrechts setzt Genf mit seiner Expertise und seinen Institutionen wie den drei Genfer Zentren wichtige Impulse.

Auf multilateraler Ebene bieten sich Möglichkeiten, die Aussenpolitik mit **gleichgesinnten Staaten und Staatengruppen** abzustimmen, strategische Partnerschaften zu vertiefen und neue Kooperationen einzugehen, um die notwendigen Mehrheiten für die Anliegen der Schweiz zu schaffen. Das Potenzial für eine strategischere Zusammenarbeit mit Staaten vergleichbarer Grösse und ähnlicher aussenpolitischer Positionen soll vermehrt genutzt werden, um Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte in der regelbasierten multilateralen Ordnung zu erhalten.

Ziele

- **7.1 Die Schweiz stärkt die Reformbemühungen der UNO. Sie arbeitet gezielt in Allianzen, die sich für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten einsetzen und mehr Rechenschaft und Transparenz in den Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates einfordern.**
- **7.2 Die Schweiz nutzt die strategische Partnerschaft mit dem IKRK, um dem humanitären Völkerrecht Geltung zu verschaffen und setzt sich für einen leistungsfähigen Internationalen Strafgerichtshof ein. Sie engagiert sich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Weltbank und UNO, um den Grundursachen von Fragilität und Gewalt entgegenzutreten.**
- **7.3 Die Schweiz nutzt die Gelegenheit, sich als Gastland in den Arbeiten der G20 einzubringen und die Beziehung zu diesem Forum zu stärken.**
- **7.4 Die Schweiz stärkt ihre Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit als Gaststaat. Der Fokus liegt dabei auf der Universalisierung der diplomatischen Vertretungen, der Durchführung von internationalen Konferenzen und Friedensgesprächen sowie auf der Positionierung bei Zukunftsthemen.**
- **7.5 Die Schweiz strebt vermehrt themen-, sach- und regionenbezogene diplomatische Initiativen mit gleichgesinnten Staaten und Staatengruppen an.**

Ressourcen

8. Aussennetz und bürgernahe Dienstleistungen

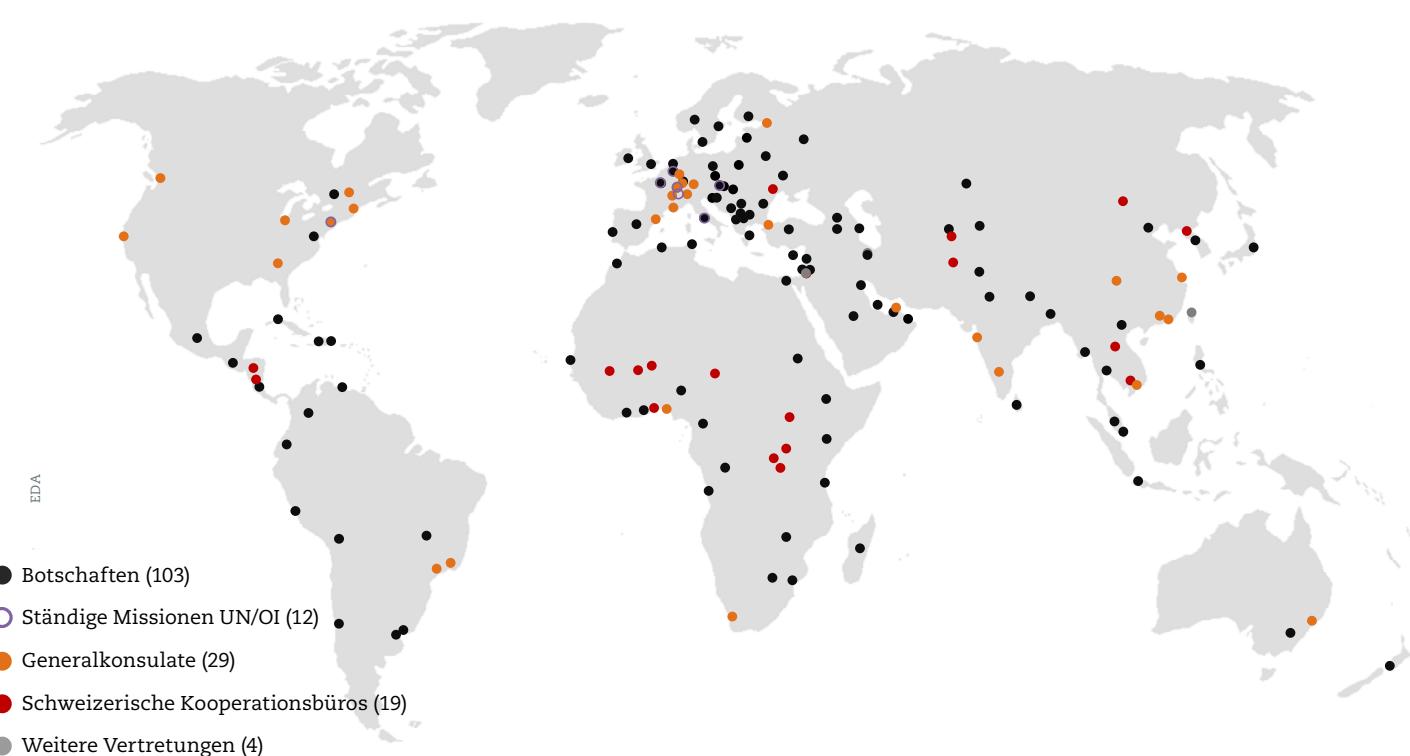
Die Schweiz unterhält ein solides Aussennetz mit rund 170 Vertretungen weltweit. Sie bieten externen Akteurinnen und Akteuren eine innovative Plattform und fördern unter dem Motto «One Switzerland» gezielt Synergien. Das Personal ist gut ausgebildet und arbeitet effizient in unterschiedlichen – auch fragilen – Kontexten. Das Dienstleistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger im Ausland ist dem steigenden Bedarf angepasst und einfach in der Nutzung. Ein modernes Krisenmanagement in den Vertretungen ist auf alle Lageentwicklungen vorbereitet.

Aussennetz: Erfolgreiche Aussenpolitik basiert auf einem modularen, flexiblen und innovativen Aussennetz. Es orientiert sich an Universalität, Kohärenz und Wirksamkeit. Die Vertretungen wahren die Interessen der Schweiz und tragen weltweit zur Sichtbarkeit unseres Landes bei. Sie dienen als Plattformen, die über Stärken der Schweiz wie Fachwissen oder Innovationskraft informieren, und fördern den Austausch. Standorte und Aufgaben der Vertretungen werden regelmässig evaluiert und an veränderte Bedürfnisse angepasst.

Die Beibehaltung eines universell ausgerichteten Aussennetzes als Bindeglied zwischen der Schweiz und den Partnerstaaten sorgt für Nähe im Kontakt mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort. Sie ist ein unabdingbares Fundament

unserer unabhängigen Politik. Insbesondere in multilateralen Gremien ist die Schweiz als nicht-alliiertes Land, das weder der EU noch der NATO oder der G20 angehört, auf die Stimmen anderer Staaten angewiesen. Ein starkes Aussennetz reduziert zudem den Bedarf an Reisen der Bundesverwaltung. Damit trägt der Bund auch konkret zur Verringerung des CO₂-Ausstosses bei. Die Vertretungen achten auf eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen, und die Schweiz fördert das Modell nachhaltiger Vertretungen auch als Schaufenster für das Engagement der Schweizer Wirtschaft im Bereich der Nachhaltigkeit.

«One Switzerland»: Eine glaubwürdige Aussenpolitik erfordert Kohärenz. Diese wird durch eine enge Abstimmung zwischen allen bundesinternen und externen Akteuren und



Aktivitäten gefördert. Das Schweizer Aussennetz soll in Bezug auf Image, Diversität und Effektivität vorbildlich sein. Die Vertretungen integrieren Mitarbeitende aller Departemente, vom Verteidigungs- oder Polizeiattaché über die Handelsdiplomatin bis zum Migrationsexperten. Vertretungen agieren auch als Plattformen für weitere Akteure wie die Swiss Business Hubs, swissnex oder Büros von Schweiz Tourismus oder von Pro Helvetia. An rund 80 Standorten vertreten mehrere Bundesstellen die Schweiz gemeinsam, an rund 50 Standorten sind externe Partner in eine Vertretung integriert. Auslandsvertretungen stärken unseren Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und fördern die Schweiz als Kultur- und Tourismusdestination. Die Zusammenarbeit bekräftigt das Motto «One Switzerland: Eine Schweiz = eine Aussenpolitik = eine Vertretung vor Ort». Die Nutzung von Synergien erhöht die Sichtbarkeit und Wirksamkeit unseres Engagements.

Personal: Ausschlaggebend für eine erfolgreiche Aussenpolitik und eine optimale Präsenz im Ausland sind gut ausgebildete Mitarbeitende, die mit dem richtigen Profil am richtigen Ort eingesetzt werden. Das EDA fördert als fortschrittlicher Arbeitgeber die langfristige Kompetenzentwicklung seiner Mitarbeitenden, die Durchlässigkeit zwischen den Karrieren sowie die Chancengleichheit.

Sicherheit und Krisenmanagement: Die Sicherheitslage ist in vielen Weltgegenden volatil. Die Risiken für die Vertretungen im Ausland, für unser Personal, für die Auslandschweizerinnen und schweizer und für Reisende nehmen zu. Der Bund legt deshalb einen Akzent auf verstärkte Krisenmanagementkompetenzen und Unterstützungsangebote im Krisenfall. Diese Dienstleistungen werden in enger Zusammenarbeit mit Partnern von Bund und Kantonen vom EDA koordiniert.

Auch die Präventions- und öffentliche Sensibilisierungsarbeit ist von hoher Bedeutung. Die Reisehinweise des Bundes können die Risiken für Bürgerinnen und Bürger, Reiseunternehmen oder Firmen reduzieren. Dabei stützt sich der Bund verstärkt auf den Einsatz neuer Technologien, um die Dienstleistungen schneller zugänglich zu machen. Im Bereich der Krisenkommunikation und der Reisehinweise gilt es, jene Kanäle zu nutzen, auf denen man jeweils am meisten Betroffene erreicht.

Die Sicherheit des Personals im Ausland ist der Grundstein für eine erfolgreiche Aussenpolitik in einer Welt mit steigenden Sicherheitsherausforderungen. Insbesondere für Einsätze in fragilen Kontexten braucht es Personal mit dem richtigen Profil und den entsprechenden Kompetenzen. Dank spezialisierten Schulungen, enger fachlicher Beratung sowie standardisierten und benutzerfreundlichen Sicherheitsinstrumenten können die Mitarbeitenden das Risikomanagement im Einsatzland effizient und effektiv umsetzen.

Konsularische Dienstleistungen: Der Bund hat seinen Service Public in diesem Bereich in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Eine ständige Optimierung und Modernisierung des Dienstleistungsangebots bleibt weiterhin prioritär. Konsulardienstleistungen sollen noch stärker nach den Bedürfnissen der verschiedenen «Kundengruppen» ausgerichtet werden. Darunter fallen in erster Linie Schweizerinnen und Schweizer, die sich auf Auslandreise begeben oder im Ausland leben. Zusätzlich wird aber auch das Angebot für Visagesuche laufend optimiert, nimmt doch die innen- und aussenpolitische Bedeutung von Touristinnen sowie Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur stetig zu.

Ziele

- **8.1 Die Schweiz unterhält ein optimal aufgestelltes Aussennetz als Grundlage für ihre Aussenpolitik. Sie überprüft Standorte und Aufgaben der rund 170 Vertretungen regelmässig. Die Zusammenarbeit mit allen Akteurinnen und Akteuren, ob aus Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft oder anderen Bereichen, wird im Aussennetz systematisch im Sinne des «One Switzerland»-Ansatzes gefördert.**
- **8.2 Der Bund achtet beim Personal auf eine repräsentative Vertretung der Bevölkerung auf allen Hierarchiestufen. Flexible Arbeitsmodelle und die Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen werden gefördert und das Personal regelmässig weitergebildet. Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Berufskarrieren wird erhöht.**
- **8.3 Die Schweiz fördert das Konzept «nachhaltiger Vertretungen». Der Bundesrat engagiert sich für eine Reduktion des CO₂-Ausstosses durch verstärkte Nutzung von Videokonferenzen, mittels eines gut aufgestellten Aussennetzes sowie der Einsparung von Flügen. Er setzt sich auch in der Aussenpolitik für seine Umweltziele ein und achtet auf seine Umweltbilanz.**
- **8.4 Das Krisenmanagementzentrum des EDA stärkt die Krisenmanagementkazitäten und die Sicherheitskultur kontinuierlich, auch durch einen Akzent auf die spezifische Weiterbildung des Personals. Die Sicherheit der Vertretungen wird regelmässig überprüft und durch neue Technologien unterstützt. In speziell schwierigen Kontexten kommen Sicherheitsfachleute zum Einsatz.**
- **8.5 Als wichtiger Wissenschafts- und Innovationsstandort unterhält die Schweiz alleine oder mit Partnern ein Angebot, das konsequent die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzt. Das Online- und Mobile-Angebot im Bereich der Konsulardienstleistungen wird kontinuierlich ausgebaut. Zentrale Bedeutung kommt dabei einer sicheren, vertrauenswürdigen elektronischen Identifizierung der Kundinnen und Kunden zu. Die Schweiz gestaltet das Angebot an Konsulardienstleistungen so aus, dass der Service Public auch dort kundenfreundlich funktioniert, wo sich eine digitale Lösung nicht eignet.**

9. Kommunikation

Die Schweiz erklärt ihre Aussenpolitik mittels koordinierter und zielgruppengerechter Kommunikation im In- und Ausland. Dies trägt zur freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger im Inland bei und fördert die Wahrnehmung und das Verständnis für die Positionen, Interessen und Werte des Landes im Ausland. Strategische Kommunikation unterstützt damit eine wirkungsvolle Aussenpolitik.

Verständnis der Aussenpolitik im Inland: Aussenpolitik ist Innenpolitik – aus diesem Grund ist es unerlässlich, aussenpolitische Themen im Inland verständlich zu vermitteln. Mit einer aktiven Kommunikation trägt der Bundesrat zur Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung über aussenpolitische Themen bei und befähigt diese, auf allen politischen Ebenen Entscheidungen auf einer soliden Grundlage zu fällen. Um das zu erreichen, kommunizieren die Departemente koordiniert, transparent, zeitnah, proaktiv sowie qualitätsgesichert und achten auf die Kohärenz ihrer Kommunikation. Der Bundesrat unterstützt die Medien bei der Ausübung ihrer Funktion in einer Demokratie. Der Informationsmarkt ist durch die technischen Entwicklungen kompetitiver geworden. Die Schweiz trägt mit geeigneten Massnahmen dazu bei, dass die eigenen Informationen rezipiert werden. Deshalb informiert der Bundesrat verstärkt auch über Online-Kanäle. Eine glaubwürdige Information der Öffentlichkeit und die Pflege des Dialogs dienen auch dem Schutz vor Desinformation.

Verständnis der Aussenpolitik im Ausland: Innenpolitik ist auch Aussenpolitik. In einem immer kompetitiveren und vernetzteren internationalen Umfeld darf es die Schweiz nicht dem Zufall oder externen Akteuren überlassen, ob und wie sie wahrgenommen wird. Die Landeskommunikation dient dazu, die Aussenwahrnehmung aktiv mitzuprägen. Mit gezielten Kommunikationsaktivitäten werden die Schweiz, ihre Positionen und Stärken sowie ihr innen- und aussenpolitisches Handeln erklärt. Ein gutes Image der Schweiz im

Ausland ist kein Selbstzweck. Es beeinflusst Faktoren wie den aussenpolitischen Handlungsspielraum, die Standortattraktivität, den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch oder den Tourismus. Das Landesimage ist eine harte Währung im globalen Wettbewerb um Aufmerksamkeit, Einfluss und Attraktivität. Landeskommunikation ist ein zentrales und strategisch bedeutsames Instrument zur Interessenwahrung. Die Schweiz muss es im Zeitalter der Digitalisierung rasch, gezielt und flexibel einsetzen, um sich optimal zu positionieren. Die Landeskommunikation stärkt das Verständnis für ausgewählte Grundthemen und für das Funktionieren der Schweiz, damit sich die Kommunikation des Bundesrates bei konkreten Anliegen darauf abstützen kann.

Ziel der Landeskommunikation ist es, die Interessenwahrung der Schweiz im Ausland mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Dies geschieht, indem sie zu einer positiven und differenzierten Wahrnehmung unseres Landes beiträgt. Die Schweiz will in erster Linie als innovativ und kompetitiv, als solidarisch und verantwortungsbewusst sowie als Land mit hoher Lebens- und Standortqualität wahrgenommen werden. Inhaltlich setzt die Landeskommunikation auf Themen mit positivem Wahrnehmungspotenzial. Bei Bedarf wirkt sie auch möglichen negativen Wahrnehmungen entgegen. Dabei antizipiert sie Entwicklungen und identifiziert zukunftsträchtige Themenbereiche. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Legislaturperiode definiert der Bundesrat im Rahmen der Strategie Landeskommunikation 2020–2023.

«Meet the Ambassadors»
in Bellinzona, Tessin





Schweizer Pavillon an der
Expo Milano 2015

Zur Umsetzung der Ziele und zur Platzierung der Botschaften der Landeskommunikation werden verschiedene Plattformen und Kanäle genutzt, so etwa die Auftritte der Schweiz an Grossveranstaltungen mit internationaler Ausstrahlungskraft, die Unterstützung von Projekten von Schweizer Vertretungen im Ausland, die Durchführung von Delegationsreisen oder digitale Plattformen, soziale Medien und Kommunikationsprodukte. In den Jahren 2020 bis 2023 soll verstärkt mit Kampagnen gearbeitet werden. Ein Akzent liegt dabei auf der Ausschöpfung des Potenzials von Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Akteuren, die ebenfalls Einfluss auf die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland haben, namentlich in Bereichen wie Politik, Bildung, Forschung und Innovation, Wirtschaft inklusive Export- und Standortpromotion, Tourismus, Sport und Kultur.

Ziele

- 9.1 Der Bundesrat sorgt für eine transparente, zeitnahe, proaktive und qualitätsgesicherte Kommunikation über seine Aussenpolitik und achtet auf die Kohärenz der Kommunikation im In- und Ausland.
- 9.2 Das kommunikative Potenzial der sozialen Medien wird sowohl an der Zentrale als auch im Aussennetz systematischer ausgeschöpft. Damit werden der Erklärungsbedarf in der Schweiz abgedeckt und die Kommunikationsbedürfnisse vor Ort sowie die Umsetzung der aussenpolitischen Strategie und der Strategie Landeskommunikation unterstützt.
- 9.3 Das EDA pflegt den Austausch mit der Bevölkerung zur schweizerischen Aussenpolitik und Diplomatie. Hierzu führt es das Pilotprojekt «Meet the Ambassadors» aus dem Jahr 2019 weiter.
- 9.4 Auftritte der Schweiz an internationalen Grossveranstaltungen werden unter Einbezug von Partnerinnen und Partnern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus, Sport, Kultur und Gesellschaft genutzt. Dazu gehören insbesondere der Auftritt des House of Switzerland an den Olympischen Spielen 2020 in Tokio und 2022 in Peking sowie die Teilnahme an der Expo 2020 in Dubai. Das Weltwirtschaftsforum (WEF) wird nach dem erfolgreichen Projekt im Jahr 2019 verstärkt als Plattform für Landeskommunikation genutzt.
- 9.5 In enger Zusammenarbeit mit den Partnerinnen und Partnern werden Landeskommunikationskampagnen zu Themen wie den Beziehungen Schweiz–EU, der Schweiz als bedeutendem Innovationshub, der Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat sowie zur Umsetzung der Agenda 2030 konzipiert. Diese Kampagnen ergänzen und verstärken die geltenden Strategien in den jeweiligen Themenbereichen.

Schlusswort

Glück ist schwer messbar. Dennoch: Es ist kaum Zufall, dass unser Land im jährlichen World Happiness Report einen Spitzensplatz belegt. Die Schweiz ist eines der sichersten und wohlhabendsten Länder der Welt. Die Perspektiven für die nachfolgende Generation sind gut. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen ist im internationalen Vergleich hoch.

Die Erfolgsgeschichte der Schweiz hat viele Ursachen: Neben Faktoren wie dem bürgernahen Staatswesen und der politischen Stabilität sowie der geografischen Lage spielt auch die Aussenpolitik eine Rolle. Das Gleichgewicht zwischen Offenheit und Eigenständigkeit hat sich bewährt und weist den Weg in die Zukunft.

Die neue Aussenpolitische Strategie des Bundesrates baut denn auch auf Bewährtem auf. Angesichts der fortschreitenden weltpolitischen Fragmentierung dürfte etwa die Nachfrage nach Guten Diensten der Schweiz hoch bleiben. Die Rolle der Schweiz als glaubwürdige, diskrete und zuverlässige Brückenbauerin ist zukunftsträchtig. Zugleich entwickelt der Bundesrat mit dieser Strategie die Aussenpolitik dort weiter, wo aufgrund neuer Herausforderungen und Chancen Handlungsbedarf besteht. Ein Beispiel hierfür ist die Digital-aussenpolitik und die Absicht, das internationale Genf als globalen Hub für die Gestaltung der digitalen Gouvernanz zu positionieren.

In seiner Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 hält der Bundesrat fest, dass einer wirksamen Interessenwahrung der Schweiz durch Einflussnahme im Ausland künftig eine noch grössere Rolle zukommt. Um dem gerecht zu werden, legt er in der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 neben Schwerpunkten erstmals auch themen- und regionenspezifische Ziele fest.

Damit die Schweiz ihre Erfolgsgeschichte fortschreiben kann, muss sie aber nicht nur wissen, was sie mit ihrer Aussenpolitik will. Ebenso wichtig ist die kohärente Umsetzung. Heute gibt es kaum ein innenpolitisches Themenfeld, das nicht auch eine starke internationale Dimension hat. Die Aussenpolitische Strategie wurde deshalb interdepartemental erarbeitet und wird vom Gesamtbeurteilt getragen.

Der Bundesrat will auch alle relevanten gesellschaftlichen Akteure ausserhalb der Bundesinstitutionen sowie die Kantone stärker als bisher in die Aussenpolitik einbeziehen. Die Schweizer Aussenpolitik kann dann am besten ihre Wirkung entfalten, wenn sie, im Sinne eines Whole-of-Switzerland-Ansatzes, ein breit getragenes Vorhaben ist.

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations)	KFOR	Kosovo-Truppe (Kosovo Force)
ASEM	Asien-Europa-Treffen (Asia-Europe Meeting)	KI	Künstliche Intelligenz
AU	Afrikanische Union	MoU	Absichtserklärung (Memorandum of Understanding)
BFI	Bildung, Forschung und Innovation	MENA	Mittlerer Osten sowie Nordafrika (Middle East and North Africa)
Brexit	Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union	MERCOSUR	Gemeinsamer Markt Südamerikas (Mercado Común del Sur)
BRI	Belt and Road Initiative	NATO	Organisation des Nordatlantikvertrags (North Atlantic Treaty Organization)
BV	Bundesverfassung (SR 101)	NGO	Nichtregierungsorganisation (Non-governmental organization)
CARICOM	Karibische Gemeinschaft (Caribbean Community and Common Market)	OAS	Organisation Amerikanischer Staaten (Organisation of American States)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development)
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (European Free Trade Association)	OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
EU	Europäische Union	PfP	Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace)
G7	Gruppe der 7 (USA, Japan, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Italien, Kanada)	UN-Habitat	Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (United Nations Human Settlements Programme)
G20	Gruppe der 20 (USA, Japan, Deutschland, China, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Italien, Kanada, Brasilien, Russland, Indien, Südkorea, Australien, Mexiko, Türkei, Indonesien, Saudi-Arabien, Südafrika, Argentinien, Europäische Union)	UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
GESDA	Geneva Science-Diplomacy Anticipator	UNO	Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization)
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz	USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
InstA	Institutionelles Abkommen	VK	Vereiniges Königreich
ICC	Internationaler Strafgerichtshof (International Criminal Court)	WEF	Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum)
IRENA	Internationale Organisation für erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency)	WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organization)
IZA	Internationale Zusammenarbeit		

Glossar

Agenda 2030: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet mit ihren 17 Zielen einen globalen Referenzrahmen bezüglich der drei untrennbar Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Schweiz anerkennt die Agenda 2030 als wichtigen Orientierungsrahmen. Als solcher ist sie zwar kein bindender gesetzlicher Rahmen, aber ein Mittel zur politischen Zielsetzung und Meinungsbildung sowohl für die Innen- wie auch für die Aussenpolitik.

Aussenpolitik: Sie gestaltet die Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und internationalen Organisationen und wahrt die Interessen eines Staates im Ausland. Sie umfasst verschiedene Politikbereiche wie zum Beispiel Handels-, Umwelt-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Kulturpolitik. In der Schweiz ist der Gesamtbeauftragte für die Aussenpolitik zuständig. Das EDA hat den Auftrag, die Aussenpolitik zu koordinieren und die Kohärenz mit den anderen Departementen sicherzustellen (vgl. Kohärenz).

Belt and Road Initiative (BRI): Der Hauptaspekt der BRI liegt in der Schaffung von Infrastruktur (Transport, Energie, Kommunikation) in Drittländern, welche mehrheitlich chinesisch finanziert und aufgebaut wird. Mit der BRI präsentiert China erstmals ein eigenes, global orientiertes Entwicklungsmodell und möchte damit seine wachsende wirtschaftliche, aber vor allem auch geopolitische Präsenz auf dem internationalen Parkett konkretisieren. Die Politik des Bundesrates besteht darin, die Chancen der Initiative für die Schweizer Interessen und die Wirtschaft optimal zu nutzen und gleichzeitig die Einhaltung von universellen Werten und Regeln einzufordern, damit die BRI wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig und zum Nutzen der Zielländer umgesetzt werden kann.

Bilateraler Weg: Seit 1993 entwickelt die Schweiz ihre Beziehungen zur EU auf bilateralem Weg weiter. Diese Politik führte zu den Verhandlungen und dem Abschluss der beiden Vertragspakete Bilaterale I und II sowie weiteren Abkommen.

Bilateralismus: Werden aussenpolitische Fragen zwischen zwei Parteien besprochen oder verhandelt, spricht man von Bilateralismus. Sind es mehrere Parteien, von Multilateralismus (vgl. Multilateralismus).

Bretton-Woods-Institutionen: Die Finanzminister der späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs beschlossen 1944 an der Konferenz von Bretton Woods (USA) die Wiederaufbau-, Finanz- und Wirtschaftspolitik für die Nachkriegszeit. Zur Umsetzung wurden die Weltbank bzw. die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Internationale Währungsfonds gegründet. Diese Institutionen sind heute – mit verändertem Aufgabenfeld – auch wichtige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsförderung.

Chancengleichheit: Eine chancengleiche Gesellschaft gewährleistet all ihren Mitgliedern, insbesondere zu Beginn des Lebens, ungehinderten Zugang zu Lebenschancen und zu gleichen Bildungs- und Aufstiegschancen sowie die Möglichkeit, ihr persönliches Potenzial auszuschöpfen. Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung (Art. 8 Abs. 2 BV).

Cyberdiplomatie: Sie wahrt die Schweizer Interessen und Werte im globalen Cyberraum. Der Cyberraum umfasst die Netzinfrastruktur sowie Software und soziale Komponenten (menschliche Interaktion). Die fortschreitende Integration aller Lebensbereiche im Cyberraum birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Deshalb engagiert sich die Schweiz dafür, dem Völkerrecht, namentlich den Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht, im Cyberraum Geltung zu verschaffen, und setzt sich für zwischenstaatliche Vertrauensbildung ein. Die Schweiz geht dabei auch neue Wege, treibt die Wissenschaftsdiplomatie voran und bietet Gute Dienste auch in Bezug auf den Cyberraum an (vgl. Gute Dienste).

Cybersicherheit: Sie befasst sich mit allen Aspekten der Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnik. Dies umfasst die gesamte mit dem Internet und vergleichbaren Netzen verbundene Informationstechnik und schliesst darauf basierende Kommunikation, Anwendungen, Prozesse und verarbeitete Informationen mit ein. Durch internationale Kooperation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Bereich Cybersicherheit soll ein offener, freier und stabiler Cyberraum geschaffen und geschützt werden. Mit ihr kann auch das Risiko von Cyberangriffen zwischen Staaten reduziert werden.

Digitale Selbstbestimmung: Das Individuum soll im Zentrum der Digitalisierung stehen (vgl. Digitalisierung). Es soll seine Daten kontrollieren, selber nutzen und entscheiden können, wem es diese zur Verfügung stellen will. Ein solcher Ansatz gewährleistet auch im digitalen Raum die Grundwerte wie Privatsphäre oder Wahlfreiheit. Dadurch sollen hochwertige Datenräume geschaffen werden, welche gesellschaftlichen Nutzen stiften und die demokratischen Werte stärken.

Digitalisierung: Sie beinhaltet die Integration von allen elektronischen Daten und Anwendungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die Digitalisierung umfasst eine breite Palette von digitalen Anwendungen wie neue Kommunikationstechnologien, Robotik, Cloud-Computing, Big Data Analytics, künstliche Intelligenz, das Internet der Dinge, 3D-Druck usw. Sie durchdringt weite Bereiche unseres alltäglichen Lebens und verändert diese teilweise grundlegend.

Extreme Armut: Seit 2015 definiert die Weltbank extreme Armut als Einkommen von weniger als 1.90 US-Dollar pro Tag. Die Definition wird regelmässig an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst.

Fazilitation und Vermittlung: Eine Drittspartei, die zwischen Konfliktparteien vermittelt, wird Fazilitatorin oder Mediatorin genannt. Als Fazilitatorin unterstützt, erleichtert und fördert die Drittspartei den Kontakt zwischen Konfliktparteien, ohne sich inhaltlich in die Verhandlungen einzubringen. Sie wird wie bei der Mediation von den Konfliktparteien frei gewählt und ermöglicht es ihnen, sich an einem passenden Ort zu treffen, sich über Möglichkeiten der Konfliktlösung auszutauschen, Verhandlungen zu führen und ein Abkommen zu unterzeichnen. Als Mediatorin unterstützt die vermittelnde Drittspartei die Verhandlungsparteien auch inhaltlich bei der Lösungssuche, ohne ihnen jedoch Lösungen aufzuerlegen. Fazilitation und Mediation sind Teil der Guten Dienste der Schweiz.

Flüchtlinge: Als Flüchtling gilt, wer sein Heimatland verlassen hat aus der begründeten Furcht, wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung verfolgt zu werden. Die Flüchtlingskonvention von 1951, ergänzt durch das Protokoll von 1967, regelt den Status von Flüchtlingen. Besonders wichtig ist der Grundsatz des Non-Refoulement. Er verbietet die Ausschaffung von Menschen in Staaten, in denen sie aus vorgenannten Gründen an Leib und Leben bedroht sind.

Fragilität: Die OECD definiert Fragilität als eine Kombination aus Risikoexposition und unzureichender Kapazität des Staates, des Systems und/oder der Gemeinschaften, diese Risiken zu bewältigen, aufzufangen oder zu mindern. Fragilität kann negative Folgen haben wie Gewalt, Zerfall der staatlichen Institutionen, Vertreibung, humanitäre Krisen und andere Notlagen.

Friedensförderung: Zur zivilen Friedensförderung gehören Beiträge zur Prävention, Entschärfung oder Lösung von Gewaltkonflikten,

namentlich durch Vertrauensbildung, Vermittlung und die Förderung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte (vgl. Fazilitation und Vermittlung, humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte). Friedensbildende Aktivitäten nach Beendigung von gewaltsamen Auseinandersetzungen beinhalten unter anderem Vergangenheitsarbeit, Beiträge zur Förderung demokratischer Prozesse und Wahlen sowie zur Stärkung der Menschenrechte. Die Friedensförderung schafft bzw. stärkt die für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Rahmenbedingungen. Sie umfasst sowohl zivile als auch militärische Massnahmen.

Gaststaat: Der Begriff bezeichnet ein Land, das Sitzstaat von ausländischen Vertretungen (Botschaften, Missionen, Konsulate) oder internationalen Organisationen ist. Die Schweiz – insbesondere der Standort Genf (vgl. internationales Genf) – beherbergt eine Vielzahl von internationalen Organisationen.

Genfer Konventionen: Die vier Genfer Konventionen von 1949 und die zwei Zusatzprotokolle von 1977 sowie das Zusatzprotokoll von 2005 bilden den Kern des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts (vgl. Humanitäres Völkerrechts). Sie schützen unter anderem Personen, die sich nicht oder nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligen, und regeln die Kriegsführung.

Globale Gouvernanz: Der Begriff steht für die Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems sowie von Mechanismen internationaler Zusammenarbeit, um globale Probleme und grenzüberschreitende Angelegenheiten zu bewältigen. Einbezogen werden das UNO-System, internationale Organisationen, staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie regionale Organisationen. Die Schweiz spielt dabei traditionell eine wichtige Rolle; das internationale Genf ist eines der wichtigsten Zentren (vgl. internationales Genf).

Globale Schwerpunktländer: Im Jahr 2005 hat der Bundesrat beschlossen, die Zusammenarbeit mit Schwerpunktländern außerhalb der EU systematischer zu gestalten. Die Beziehungen mit Brasilien, China, Indien, Japan, Russland, Südafrika, der Türkei und den USA wurden seither auf der Basis von Länderstrategien gestärkt. Im Rahmen der IZA wird der Begriff dagegen für Länder verwendet, in denen der Grossteil der Mittel der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt wird. Es handelt sich hierbei um andere Länder.

Gute Dienste: Sammelbegriff für die Bemühungen einer Drittspartei zur friedlichen Beilegung eines Konflikts zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Guten Dienste der Schweiz bestehen aus drei Bereichen: Schutzmachtmandate (vgl. Schutzmachtmandate), die Schweiz als Gaststaat von Friedensverhandlungen und die Schweiz als Mediatorin und Fazilitatorin sowie als Unterstützerin von Mediations- und Verhandlungsprozessen (vgl. Fazilitation und Vermittlung). Gute Dienste reichen von technischer oder organisatorischer Unterstützung (zum Beispiel Bereitstellen eines Konferenzorts) über Vermittlungsdienste bis hin zur Teilnahme an internationalen Friedensprozessen.

G20: Die Gruppe der Zwanzig ist ein informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der EU, die die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer repräsentiert. Sie thematisiert namentlich die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit und kann internationale Standards setzen.

Humanitäre Prinzipien: Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Neutralität sind wichtige Werte und Grundlagen humanitären Handelns. Diese wurden im Kodex der Rotkreuzbewegung sowie durch die UNO-Generalversammlung verankert.

Humanitäres Völkerrecht: Das humanitäre Völkerrecht regelt die Kriegsführung und schützt die Opfer von bewaffneten Konflikten. Es kommt in allen internationalen und nichtinternationalen bewaffneten Konflikten zur Anwendung, unabhängig von Legitimation oder Ursache der Gewaltanwendung.

Institutionelle Fragen: Im Rahmen der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU betreffen die sogenannten institutionellen Fragen die einheitliche Anwendung der Marktzugangsabkommen zwischen

der Schweiz und der EU. Institutionelle Verfahren sollen festlegen, wie die Vertragsparteien diese Anwendung gewährleisten, insbesondere mit Bestimmungen über die Rechtsentwicklung, die Überwachung und Auslegung der Verträge sowie die Streitbeilegung.

Interessen und Werte: Der Kernauftrag der Schweizer Aussenpolitik ist die Förderung unserer Interessen und Werte. Sie sind unzertrennbare Seiten derselben Medaille und gründen auf der Bundesverfassung.

Internationales Genf: Genf ist Herz des multilateralen Systems und europäischer UNO-Hauptsitz. 38 internationale Organisationen, Programme und Fonds sowie 179 Staaten und 750 NGO sind vertreten. Das internationale Genf bietet rund 45 000 Menschen Arbeit und steuert über 11 Prozent zum BIP des Kantons bei (1 % des Schweizer BIP). Jährlich finden ca. 3300 internationale Konferenzen in Genf statt; Hauptthemen sind 1) Frieden, Sicherheit, Abrüstung; 2) Humanitäre Hilfe und humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte, Migration; 3) Arbeit, Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Telekommunikation; 4) Gesundheit; 5) Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Internationale Zusammenarbeit (IZA): Die IZA umfasst die Aktivitäten der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Friedensförderung (vgl. Friedensförderung) und der menschlichen Sicherheit.

Irreguläre Migration: Wanderungsbewegung unter Verletzung der Gesetze und Verordnungen oder der internationalen Abkommen über die Einreise in ein Herkunfts-, Transit- oder Zielland und die Ausreise aus diesem Land.

Kohärenz: Der Begriff bezieht sich auf das möglichst widerspruchsfreie Zusammenspiel der verschiedenen Politikbereiche eines Landes.

Konsularische Dienstleistungen: Der Begriff umfasst diejenigen Dienstleistungen, welche das EDA als zentrale Anlaufstelle (Guichet unique) alleine oder zusammen mit anderen Behördenstellen, Partnerstaaten oder externen Dienstleistern zugunsten von Schweizer Personen im Ausland erbringt. Darunter fällt beispielsweise die Hilfe bei Notlagen im Ausland, wenn den Betroffenen nicht zugemutet werden kann oder sie nicht in der Lage sind, ihre Interessen selber oder mit Hilfe Dritter zu wahren. Weitere konsularische Dienstleistungen sind solche administrativer Natur (beispielsweise Beglaubigungen), Aus- und Rückwanderungsberatung, Zivilstands-, Bürgerrechts- und Ausweisangelegenheiten und anderes mehr. Sie umfassen damit ein vergleichbares Angebot, wie es für Inlandschweizerinnen und -schweizer auch von Gemeindebehörden erbracht wird und haben ihre Grundlage unter anderem im Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen sowie im Auslandschweizergesetz. Ebenfalls unter die konsularischen Dienstleistungen fällt weiter die Behandlung von Visagesuchen, die über eine Schweizer Vertretung im Ausland eingereicht worden sind.

Landeskommunikation: Ziel der Landeskommunikation ist es, die Interessenwahrung der Schweiz im Ausland mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Sie dient dazu, die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland aktiv mitzuprägen, indem mit gezielten Kommunikationsaktivitäten die Schweiz, ihre Positionen und Stärken sowie ihr innen- und aussenpolitisches Handeln erklärt werden.

Menschenrechte: Die Menschenrechte sind angeborene und unveräußerliche Rechte, die ohne Unterschied allen Menschen allein aufgrund ihres Menschseins zustehen. Sie sind zentral für den Schutz der menschlichen Würde, der physischen und psychischen Integrität und wichtige Grundlage für die Entwicklung eines jeden Einzelnen. Auf ihnen gründet das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie sind Garanten einer Gesellschaft, die auf der Verpflichtung zur Achtung der Rechte des Einzelnen gründet. Sie gelten sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der nationalen Politik, aber auch am Wohnort jeder und jedes Einzelnen. Die Menschenrechte sind universell, unteilbar und stehen untereinander in engem Zusammenhang. Jeder Staat ist verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und umzusetzen.

Multilateralismus: Man spricht von Multilateralismus, wenn Fragen von öffentlichem Interesse zwischen mehr als zwei Staaten diskutiert und verhandelt werden (vgl. im Gegensatz dazu: Bilateralismus). Internationale Organisationen und Gremien wie die UNO, die OSZE und der Europarat sind Bühnen für solche Diskussionen. Der Multilateralismus erlaubt es der Schweiz, über Allianzen eine Hebelwirkung zu erzielen und die Möglichkeiten der Einflussnahme zu vervielfachen.

Nachhaltigkeit: Auf der Basis der Verfassung sorgt die Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung. Sie definiert diese gemäss Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987 als Entwicklung, welche «die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre nicht befriedigen können». Das Prinzip wurde im Jahr 2015 durch die Agenda 2030 mit 17 Zielen konkretisiert (vgl. Agenda 2030).

Neutralität: Die Rechte und Pflichten der Schweiz als neutraler Staat ergeben sich aus dem Völkerrecht (vgl. Völkerrecht). Der Kern dieser Pflichten besteht darin, dass die Schweiz andere Staaten im Falle eines zwischenstaatlichen Krieges nicht militärisch unterstützen darf. Auf nationaler Ebene ist die Neutralität als Instrument zur Wahrung der Unabhängigkeit in der Bundesverfassung erwähnt. Die Neutralitätspolitik stellt die Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität sicher.

Nichtregierungsorganisation: Jede gemeinnützige private Einrichtung, die auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene organisiert ist, um gemeinsame Ziele und Ideale zu verfolgen, ohne dass eine bedeutende staatlich kontrollierte Beteiligung oder Vertretung besteht. NGO sind Teil der Zivilgesellschaft (vgl. Zivilgesellschaft).

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD): Die OECD definiert die APD als «alle Leistungen, die für die auf der OECD-Liste aufgeführten Entwicklungsländer und regionen oder für multilaterale Organisationen bestimmt sind und die die folgenden Kriterien erfüllen: 1) Sie stammen von öffentlichen Organen; 2) sie zielen vorrangig auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Empfängerländer ab; und 3) sie werden zu Vorzugskonditionen gewährt».

Prinzipien: Die Schweizer Aussenpolitik orientiert sich an den in der Verfassung verankerten Prinzipien Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Für die Umsetzung stehen Universalität, Multilateralismus und Neutralität im Mittelpunkt.

Rechtsstaatlichkeit: Sie bezeichnet das Prinzip des Rechts gegenüber der Macht des Stärkeren. Auf nationaler Ebene ist es das Grundsätzliche des Rechtsstaates, auf allen Staatsebenen den Vorrang des Rechts und damit verbunden die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Auf aussenpolitischer Ebene ist Rechtsstaatlichkeit zentral für internationale Frieden und Sicherheit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, Entwicklung und den Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen. Sie wird primär durch eine Stärkung des Völkerrechts erreicht, das die politische Stabilität und Verlässlichkeit der internationalen Beziehungen sicherstellt (vgl. Völkerrecht).

Schutzmacht: Eine Schutzmacht tritt in Funktion, wenn zwei Staaten die diplomatischen und/oder konsularischen Beziehungen abbrechen. Sind alle betroffenen Parteien einverstanden, übernimmt die Schutzmacht die mit dem mandatierenden Staat vereinbarten Aufgaben, gewährt den Angehörigen dieses Staats vor Ort Schutz und/oder vertritt dessen Interessen im Gaststaat. Diese Dienstleistung erlaubt den betroffenen Staaten, minimale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die Schweiz nimmt Ende 2019 sieben Mandate wahr: Sie vertritt den Iran in Ägypten, die USA im Iran, Georgien in Russland, Russland in Georgien, den Iran in Saudi-Arabien, Saudi-Arabien im Iran und den Iran in Kanada.

Soft Law: Unter Soft Law wird eine Vielzahl von verschiedenen internationalen Instrumenten verstanden. Diesen Erscheinungsformen ist gemeinsam, dass sie rechtlich nicht verbindlich sind (soft), aber eine bestimmte Verhaltensweise vorgeben (law). Soft Law begründet im Gegensatz zum Völkerrecht somit keinerlei völkerrechtliche

Verpflichtungen, weshalb Staaten für dessen Verletzung auch nicht rechtlich verantwortlich gemacht werden können (vgl. Völkerrecht).

Sustainable Finance: Unter dem Begriff sind jegliche Arten von Finanzdienstleistungen zu verstehen, die Umwelt-, Sozial- und Gouvernanzkriterien (sog. ESG-Kriterien) in die Geschäfts- und Investitionstätigkeit einbeziehen.

Tech4good: Digitale Technologien und technische Innovationen bieten vielfältige Chancen für die Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit. Die Schweiz fördert deren Einsatz in der internationalen Zusammenarbeit, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung breitenwirksamer, kostengünstiger oder schneller zu erreichen. Neue Technologien können so zur Linderung von Not und Armut, zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie des Klimawandels oder einer besseren Regierungsführung beitragen. Neue Technologien bergen auch Risiken, weshalb die Schweiz ihren Innovationstransfer beispielsweise mit Bildungsmassnahmen verbindet.

Terrorismus: Terrorismus bezeichnet Gewaltverbrechen, die den Zweck verfolgen, die Bevölkerung einzuschüchtern oder einen Staat oder eine internationale Organisation zu nötigen. Auf universeller Ebene umschreiben internationale Übereinkommen und Resolutionen der UNO verschiedene Massnahmen, welche die Staaten zur Verhinderung und strafrechtlichen Verfolgung terroristischer Handlungen an die Hand nehmen sollen. Dabei ist anerkannt, dass solche Massnahmen gegen den Terrorismus das Völkerrecht, insbesondere die Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und das internationale Flüchtlingsrecht, respektieren müssen.

Universalität: Sie bedeutet die Pflege guter Beziehungen mit allen Staaten der Welt. Dies heisst nicht, dass die aussenpolitischen Instrumente in allen Ländern auf gleiche Weise zum Einsatz kommen oder dass die Schweiz überall mit einer Vertretung präsent ist. Die Schweiz vertritt ihre Interessen vielmehr modular und gemäss politischer Priorität. Sie tut dies sowohl bilateral als auch multilateral sowie als Mitglied internationaler Organisationen.

UNO-Sicherheitsratsresolution 1325: Diese Resolution aus dem Jahr 2000 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» fordert, dass Frauen und Männer sich gleichberechtigt an der Prävention von gewalttätigen

Konflikten, in Friedensprozessen sowie am Wiederaufbau staatlicher Strukturen beteiligen. Weiter fordert die Resolution den umfassenden Schutz von Frauen und Mädchen, welche in Konflikten besonders von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Die Schweiz verabschiedete im Jahr 2007 ihren ersten nationalen Aktionsplan «Frauen, Frieden und Sicherheit» (NAP 1325) zur Umsetzung der Resolution. Seit 2018 ist der 4. NAP 1325 der Schweiz in Kraft.

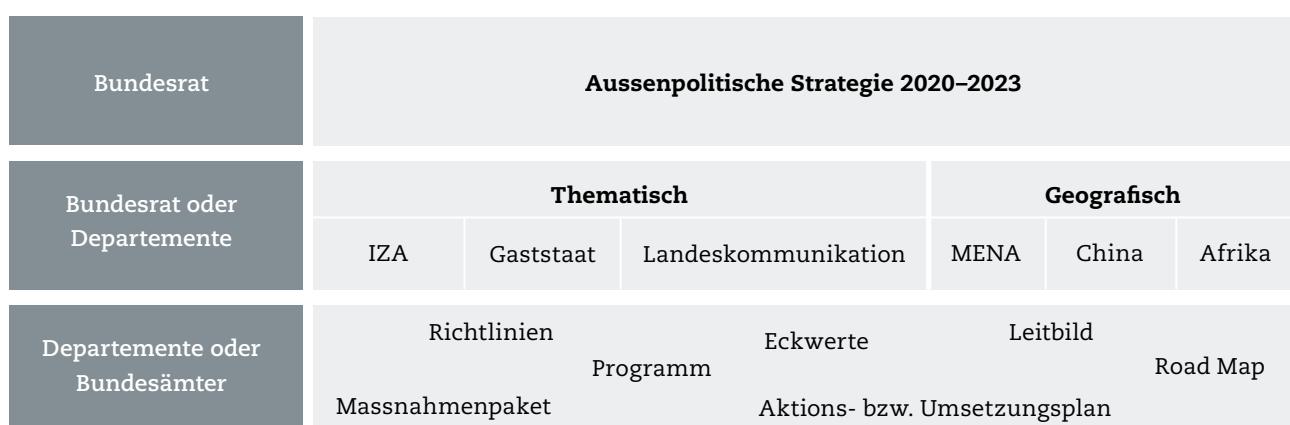
Völkerrecht: Das Völkerrecht entsteht im Zusammenwirken der Staaten und regelt das Zusammenleben zwischen ihnen. Es ist Grundlage für Frieden und Stabilität und zielt auf den Schutz und das Wohl der Menschen ab. Völkerrecht umfasst so unterschiedliche Bereiche wie Gewaltverbot, Menschenrechte, Schutz der Menschen bei Kriegen und Konflikten (vgl. humanitäres Völkerrecht), die Verhinderung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid, transnationaler organisierter Kriminalität und Terrorismus. Zudem regelt es Bereiche wie Umwelt, Handel, Entwicklung, Telekommunikation oder Transportwesen. Aufgrund der Souveränität der Staaten gilt das Völkerrecht für jeden Staat nur soweit, als er zugestimmt hat, bestimmte internationale Verpflichtungen zu übernehmen. Ausgenommen ist das zwingende Völkerrecht, das grundlegende Normen beinhaltet, über die sich kein Staat hinwegsetzen darf, zum Beispiel das Genozidverbot.

Wissenschaftsdiplomatie: Der Begriff bezieht sich unter anderem auf die Nutzung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten, um gemeinsame Probleme anzugehen und internationale Partnerschaften aufzubauen. An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Technologie und Aussenpolitik kann eine wissenschaftliche Artikulierung von Problemstellungen und Zielsetzungen die Vertrauensbildung unterstützen und bilaterale sowie auch multilaterale Diskussionen befürchten.

Zivilgesellschaft: Sie umfasst denjenigen Teil der Gesellschaft, der sich relativ unabhängig von Staat und Privatsektor organisiert. Sie setzt sich aus Gruppen zusammen, die gemeinsame Interessen, Ziele oder Werte verfolgen. Dazu gehören NGO, gemeinnützige Vereine und Stiftungen, Bürgergruppen, religiöse Organisationen, politische Parteien, Berufsverbände, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Interessengruppen.

Strategiekaskade

Ein gemeinsames Verständnis der verschiedenen strategischen Steuerungsdokumente ist eine wichtige Voraussetzung für eine kohärente Aussenpolitik. Die untenstehende Grafik illustriert eine entsprechende Abfolge:



Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Gestaltung:
Team Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Bestellungen:
publikationen@eda.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich
und kann heruntergeladen werden unter
www.eda.admin.ch/publikationen.

